

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Dieter Nohlen

Warum scheiterte
Salvador Allende?

Wolfgang Leonhard

Der innenpolitische
Hintergrund
für die neue Außenpolitik
der Sowjetunion

B 42/73

20. Oktober 1973

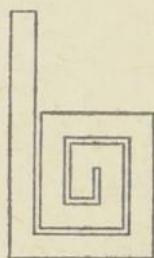
Dieter Nohlen, Dr. phil., geb. 1939, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Romanistik, Forschungsaufenthalte in Lateinamerika, Lehraufträge in Heidelberg und Santiago de Chile, Leiter des Forschungsprojekts „Wahl der Parlamente“/„Wahlen und politischer Wandel“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Spanischer Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, Meisenheim/Glan 1970; Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik sowie zahlreiche Beiträge in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, hrsg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. Dieter Nohlen, Band I, Europa, Berlin 1969; Wahlen in Deutschland, Berlin und New York 1971 (zusammen mit Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze); Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive (mit Rainer-Olaf Schultze), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/1969; Politischer Wandel durch Wahlen: Der Fall Uruguay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/1971; Sozio-ökonomischer Wandel und Verfassungsreform in Chile 1925—1972, in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 1/1973; Chile — Das sozialistische Experiment, Hamburg 1973.

In Vorbereitung: Sozio-ökonomischer Wandel und politische Entwicklung in Afrika, Amerika und Asien (zusammen mit Franz Nuscheler), 4 Bände, Hamburg 1974/75.

Wolfgang Leonhard, Professor an der Yale University, New Haven/USA; geb. am 16. 4. 1921 in Wien; 1935—1945 in der UdSSR, dort Besuch der Komintern-Schule (1942—43) und Mitarbeit im Sender „Freies Deutschland“ (1943—45); Anfang Mai 1945 Rückkehr nach Berlin mit der „Gruppe Ulbricht“; 1945—1947 Mitarbeiter in der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED; 1947—1949 Dozent an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“; März 1949 Flucht nach Jugoslawien, dort Redakteur am Belgrader Rundfunk; seit November 1950 in der Bundesrepublik Deutschland tätig als Kommentator für Probleme der Sowjetunion und des internationalen Kommunismus. 1956—1958 St. Antony's College, Universität Oxford; 1963—1964 Russian-Institute, Columbia-Universität, New York; seit 1966 regelmäßig jedes Frühjahrs-Semester (Januar—Juni) an der historischen Fakultät der Yale Universität (New Haven, USA), die zweite Hälfte des Jahres in der Bundesrepublik tätig, z. Zt. Gastprofessur an der Universität Trier.

Veröffentlichungen u. a.: Schein und Wirklichkeit in der UdSSR, Berlin-West 1952; Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955; Kreml ohne Stalin, Köln 1959; Sowjetideologie heute — Politische Lehren, Frankfurt 1962; Chruschtschow. Aufstieg und Fall eines Sowjetführers, Luzern-Frankfurt/Main 1965; Die Dreispaltung des Marxismus, Düsseldorf 1970.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Warum scheiterte Salvador Allende ?

Am 11. September 1973 putschten in Chile die Streitkräfte¹⁾. Sie stürzten den marxistischen Präsidenten des Landes, *Salvador Allende*, der an der Spitze einer Parteienkoalition in freien Wahlen an die Regierung gelangt war und sich zum Ziel gesetzt hatte, in Chile den Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Der Präsident kam bei dem Putsch ums Leben.

Die Weltöffentlichkeit hat auf das erschütternde Ereignis sehr unterschiedlich reagiert: ehrliche Bestürzung und Empörung auf der einen Seite, Verständnis für das Eingreifen der Militärs und Rechtfertigungsversuche auf der anderen Seite. Weniger Kenntnisse als Meinungen und politisches Engagement für oder gegen Allende bestimmten die öffentliche Diskussion. Dies erschwert ein zutreffendes Bild von der Entwicklung Chiles unter der *Allende*-Regierung und den Ursachen des Putsches. Vielfach verwehrt der Versuch, die chilenischen Ereignisse durch eigenwillige Interpretation und Verwertung ungeprüfter Behauptungen in den Dienst jeweils nationaler Kapitalinteressen oder politischer Mobilisierungsziele zu stellen, den Blick auf die chile-

nischen Zusammenhänge. Die kontroverse Einschätzung fußt auch auf der unterschiedlichen politischen Bewertung der Frage, ob das chilenische Modell, die Verbindung von Sozialismus und Demokratie, prinzipiell *scheitern mußte*, bereits vor Eingreifen der Militärs gescheitert war oder durch den Putsch „*gescheitert wurde*“. Strittig ist schließlich das Gewicht externer und interner Faktoren, die das Scheitern bedingten.

Die nachfolgende Untersuchung bemüht sich um ein differenziertes Bild. Sie stellt das

Wolfgang Leonhard

Der innenpolitische Hintergrund für die neue Außenpolitik der Sowjetunion .. S. 22

welthistorische Ereignis des sozialistischen Experiments in die historisch-politische und sozio-ökonomische Entwicklung Chiles und versucht von dort her unter Berücksichtigung der strukturellen Abhängigkeit des Landes die Ursachen des Scheiterns von *Salvador Allende* aufzuzeigen.

I. Der historische Kontext

Chiles sozio-politische und ökonomische Geschichte seit Erlangung der politischen Unabhängigkeit im Jahre 1817 ist durch einen fundamentalen Widerspruch gekennzeichnet. Er besteht in der Herausbildung fortschrittlicher, moderner gesellschaftlicher und politischer

Institutionen in Form eines differenzierten Parteiensystems und einer relativ stabilen parlamentarischen Demokratie auf der einen Seite sowie ökonomischer Rückständigkeit und entwicklungshemmender Mängel und Fehlentwicklungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur auf der anderen Seite^{1a)}. Im politisch-institutionellen Bereich gleicht Chile Frankreich oder Italien, mit dem bemerkenswerten Unterschied, daß seine Verfassungsgeschichte weniger Brüche aufweist²⁾. Sozio-

¹⁾ Das hier abgedruckte Manuskript lag in leicht veränderter Fassung der Arbeitsgruppe VI: Entwicklungspolitik des *Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft* vor, der vom 1.—4. 10. 1973 in Hamburg stattfand. Der Beitrag löste dort eine heftige Kontroverse aus, deren Kern in der Bewertung der konkreten Realisierungsmöglichkeiten eines nationalen „demokratischen Weges zum Sozialismus“ unter den gegebenen kapitalistischen Weltmarktbedingungen war. Die globale Gegenthese zu der nachfolgend dargelegten, die auf der umfangreichen empirischen Untersuchung von Dieter Nohlen, *Chile — Das sozialistische Experiment*, Hamburg 1973, fußt, lautete dahin gehend, daß die Bildung einer revolutionären Gegenmacht zum bürgerlichen Staatsapparat und die Anwendung einer Alternativstrategie zum „demokratischen Weg“ für den Aufbau des Sozialismus unabdingbar seien.

^{1a)} Vgl. Anibal Pinto, *Desarrollo económico y relaciones sociales en Chile*, in: Ders., *Tres ensayos sobre Chile y América Latina*, Buenos Aires 1971, S. 67.

²⁾ Seit sich das Land nach den Unabhängigkeitskriegen i. J. 1833 eine stabile politische Ordnung geben konnte, kennt Chile nur eine weitere Verfassung, die von 1925. Sie fußt auf den Leitideen der Traditionsverfassung von 1833. Erst in jüngster Zeit wurde die Verfassung von 1925 vielfach geändert. S. dazu Dieter Nohlen, *Sozio-ökonomischer Wandel und Verfassungsreform in Chile 1925—1972*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 6/1973, Heft 1, S. 65—85.

ökonomisch zählt Chile verschiedenen sozialen und ökonomischen Indikatoren zufolge (BIP pro Kopf, Einkommensverteilung, Integrationsgrad der Volkswirtschaft, Fremdbestimmung durch ausländisches Kapital, Exportstruktur u. a.) zu den Entwicklungsländern.

Der Prozeß, in dessen Verlauf die heutigen Strukturen der Abhängigkeit^{2a)} und Unterentwicklung entstanden, begann etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als im Zuge der imperialistischen Politik der europäischen Großmächte ausländisches, vor allem britisches Kapital nach Chile floß^{2b)}. Infolge mangelnden einheimischen Unternehmungsgeistes, der vorherrschenden Mentalität, nach Art der Großgrundbesitzer von den Abgaben aus der Verpachtung zu leben, schließlich aufgrund der liberalen ökonomischen Theorie der Zeit gerieten Bergbauindustrie (Salpeter), Handel, Schifffahrt und Banken binnen eines halben Jahrhunderts in britische Hände³⁾.

^{2a)} Unter „Abhängigkeit“ wird im folgenden, d. h. im Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen Entwicklung Chiles, ein überstaatliches Machtverhältnis verstanden, das die ökonomische und soziale Entwicklung auf nationaler Ebene hindert oder unmöglich macht. Sie läßt sich als Struktur in Form der Beziehungen des unterentwickelten Landes mit dem ökonomischen Zentrum anhand bestimmter Indikatoren beschreiben. Die internen Auswirkungen des Machtverhältnisses bilden den zentralen Teil des Begründungszusammenhangs von Rückständigkeit und ihrer strukturellen Verfestigung. Indem die interne Unterentwicklung als Folge und Teil der externen Abhängigkeit begriffen wird, wird es möglich, die sozio-ökonomische Situation und innere Struktur der Entwicklungsländer als Teil der internationalen Struktur zu sehen. Vgl. dazu Teodoro dos Santos, Über die Struktur der Abhängigkeit, in: Dieter Senghaas, Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972, S. 243—257.

^{2b)} Durch diese historische Periodisierung wird nicht geleugnet, daß die Kolonisierung und Ausbeutung Chile bereits vor Erreichen der politischen Unabhängigkeit in ein krasses Abhängigkeitsverhältnis brachte. Doch wird mit Anibal Pinto bestritten, daß dieser Tatbestand die sozio-ökonomische Entwicklung Chiles derart beeinflusste, daß sich nur die Verhältnisse ergeben konnten, die seit einigen Jahrzehnten die chilenische Volkswirtschaft und Gesellschaft bestimmen. Die Genesis der heutigen Abhängigkeit Chiles liegt nicht, wie André Gunder Frank herausstellte (siehe sein Buch: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969), vier Jahrhunderte zurück, sondern ist Produkt der imperialistischen Ausdehnung der modernen Industriestaaten auf die weniger entwickelten Länder, die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt. Zur Frage der Periodisierung siehe Anibal Pinto, Chile: Un caso de desarrollo frustrado, Santiago 1955, 3. Aufl. 1973, Vorwort zur dritten Auflage, S. 15—22.

³⁾ S. dazu die klassische Analyse des „Entfremdungs“prozesses der chilenischen Volkswirtschaft von Francisco Antonio Encina, Nuestra Inferioridad Economica, Santiago 1912, 3. Aufl. 1973, und

Versuche, die Entwicklung in die Abhängigkeit zu stoppen oder rückgängig zu machen, scheiterten in der Revolution von 1891⁴⁾. Der Verfechter der ersten anti-imperialistischen Politik Chiles, Präsident *José Manuel Balmaceda*, wurde ein Opfer gleichgerichteter Interessen der chilenischen Oberschicht und des ausländischen Kapitals; er wählte den Freitod. Später, vor und nach dem I. Weltkrieg, übernahmen die Nordamerikaner die Rolle der Briten. Sie kauften sich in die Kupferförderung ein, die innerhalb der chilenischen Volkswirtschaft den Salpeterabbau ersetzte, der nach Erfindung des Haber-Bosch-Verfahrens unrentabel geworden war. Chiles Wirtschaft blieb ganz auf den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zunehmend von Rohstoffen orientiert und war damit äußerst verletzlich, da Preisschwankungen der Güter auf dem Weltmarkt die Staatseinkünfte der Entwicklungsländer bestimmen und Krisen in den ökonomischen Zentren weniger dort, sondern in der Peripherie der Rohstoffe exportierenden Länder die gravierendsten Folgen haben.

Im Verlauf der industriellen Entwicklung veränderte sich zwar die chilenische Gesellschaft⁵⁾: Zwischen die kleine Schicht der Großgrundbesitzer und die Masse der ungebildeten und armen, am Existenzminimum lebenden Bevölkerung, die zu Beginn des Jahrhunderts das gesellschaftliche Gehäuse Chiles bildeten, schob sich eine gegen Ende des Jahrhunderts schnell anwachsende Mittelschicht von Handwerkern, Kleinindustriellen, Handelsleuten und akademischen Berufen. Doch die extremen Ungleichheiten in Besitz und Einkommen, die nicht versteuert wurden, blieben aufrechterhalten bzw. verfestigten sich noch. Die Erlöse einer relativ prosperierenden Exportwirtschaft flossen der Oligarchie zu, die in Nachahmung des Konsumverhaltens der westeuropäischen Oberschicht einen Teil ihres Reichtums durch den Erwerb von Luxusgütern vergeudete, deren Importvolumen die Investitionsgütereinfuhr im Bereich der Infrastruktur, des Bergbaus und der Industrie bei weitem übertraf⁶⁾.

die für die moderne chilenische Wirtschaftsgeschichte bahnbrechende Arbeit von Anibal Pinto, Chile: Un caso . . . , a. a. O.

⁴⁾ Siehe dazu Hernán Ramírez Necochea, Balmaceda y la Contra revolución de 1891, Santiago 1958 und die sehr gut sozial- und wirtschaftsstatistisch belegte Studie von Crisóstomo Pizarro, La revolución de 1891. La modernización, Valparaiso 1971.

⁵⁾ S. dazu den wichtigen Sammelband zur Sozialgeschichte Chiles von Hernán Godoy (Hrsg.), Estructura social de Chile, Santiago 1971, dort auch die umfangreiche Bibliographie.

⁶⁾ Anibal Pinto, Chile: Un caso . . . , a. a. O., S. 116.

Immerhin gelang es der Mittelschicht nach dem I. Weltkrieg, vertreten durch die Radikale Partei und gestützt auf eine anwachsende und sich organisierende Bergbau- und Industriearbeiterschaft⁷⁾, dem Großbürgertum und den Latifundisten, repräsentiert durch die Liberale und Konservative Partei, die politische Macht streitig zu machen. Der endgültige Durchbruch gelang nach der großen Krise zu Beginn der Dreißiger Jahre, die Chiles Wirtschaft und den Wohlstand der oberen sozialen Schichten in den Grundfesten erschütterte. Im Jahre 1938 wurde der Radikale *Pedro Aguirre Cerda* als Kandidat der Volksfront aus Radikalen, Sozialisten und Kommunisten zum Präsidenten gewählt. Das neue Wirtschaftskonzept hieß Industrialisierung zum Zwecke der Importsubstitution, nachdem der drastische Rückgang der Devisenerlöse die Fähigkeit Chiles zu importieren empfindlich reduziert hatte⁸⁾. Der Staat übernahm die führende Rolle im Industrialisierungsprozeß, gründete Industrien und Dienstleistungszentren (Kohle, Eisen und Stahl, Elektrizität) und absorbierte durch Ausweitung der Verwaltung die in sichere, statu strächtige Positionen drängende Mittelschicht⁹⁾.

Doch führte die Industrialisierung nach dem Modell der Importsubstitution, das verschiedene gesellschaftliche Veränderungen auslöste und mit einer raschen Urbanisierung des Landes einherging¹⁰⁾, weder zu einer Verminderung der Abhängigkeit Chiles vom Ausland noch zu einem grundlegenden Wandel der Gesellschaftsstruktur. Vielmehr vertiefte sich die interne Polarisierung¹¹⁾. Während Latifundisten und durch den ökonomischen Wandel schnell reich gewordene Teile der oberen

Mittelschicht zu einer relativ homogenen, mit den ausländischen Kapitalinteressen kooperierenden Großbourgeoisie verschmolzen, differenzierte sich die untere Schicht. Die Arbeiterschaft in den modernen Industrien, vor allem in der volkswirtschaftlich zentralen Kupferindustrie, konnte mittels politisch kampfkraftiger Gewerkschaften hohe Löhne durchsetzen und sich zu einer Arbeiteraristokratie entwickeln. Da keine Landreform stattfand, blieben die Landarbeiter ohne die Solidarität der Industriearbeiterschaft weiterhin der Kontrolle der Großgrundbesitzer unterstellt und damit ärmsten Lebensbedingungen unterworfen.

Schließlich endete die Industrialisierungspolitik nach dem Konzept „abhängiger kapitalistischer Entwicklung“¹²⁾ mit der Inbesitznahme der politischen und ökonomischen Entscheidungen des Staates durch die Bourgeoisie. Der Staat schützte und förderte deren private Interessen, finanzierte zu großen Teilen deren Wirtschaftstätigkeit und verteidigte den gesellschaftlichen Status quo¹³⁾, von dem auch große Teile der Mittelschicht profitieren. Politisch fanden Konservative, Liberale und Radikale zu einer engen Zusammenarbeit. Ihre Wahlerfolge wurden begünstigt durch die Vorherrschaft der Interessen von Banken, Industrie und Handel in den Kommunikationsmedien¹⁴⁾ und durch die bis dahin konservative Haltung der katholischen Kirche.

Ökonomische Stagnation, chronische Inflation, gesellschaftlicher Immobilismus und soziale Heterogenität ließen den Widerspruch zu einer inzwischen auf allgemeinem Wahlrecht beruhenden, freiheitlich-pluralistischen Verfassung immer offenkundiger hervortreten. Dies war der Boden für grundlegende Veränderungen des Parteiensystems zu Beginn der sechziger Jahre. Neue Parteien, die sog. „partidos modernizantes“, lösten die traditionellen Parteien in der politischen Vorherrschaft ab. Wie eng die Verbindung dieses Prozesses mit den sozio-ökonomischen Wandlungen war, macht die folgende Tabelle 1 deutlich.

7) Dazu liegt eine sorgfältig recherchierte Untersuchung von Manuel Barrera vor: *Perspectiva histórica de la huelga obrera en Chile*, in: *Cuadernos de la Realidad Nacional*, 9/1971, S. 119—155.

8) Zu Konzept und Problematik importsubstitutiver Industrialisierung s. jetzt die Einführung von Dieter Ernst, *Wirtschaftliche Entwicklung durch importsubstituierende Industrialisierung? Das Beispiel Lateinamerika*, in: *Das Argument* 79/1973, S. 332—403.

9) Das Verhältnis von Mittelschicht und überproportional besetzter, ineffektiver staatlicher Bürokratie untersuchten Germán Urzúa Valenzuela und Anamaria García Barzelatto, *Diagnóstico de la burocracia chilena (1818—1969)*, Santiago 1971.

10) S. dazu den Aufsatz von Osvaldo Sunkel, *Cambio y frustración en Chile*, in: Claudio Veliz (Hrsg.) *Obstáculos para la transformación de América Latina*, Mexiko 1969, S. 112—144.

11) Zum Begriff und seiner Bedeutung s. Osvaldo Sunkel, *Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, a. a. O., S. 258—315, hier S. 268 ff.

12) Zu diesem dependenztheoretischen Begriff s. Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto, *Dependencia y desarrollo en América Latina*, Mexiko 1972.

13) Im einzelnen s. die Studie von Sergio Aranda und Alberto Martínez, *Estructura económica: Algunas características fundamentales*, in: *Chile hoy*, Mexiko 1970, S. 55—172.

14) S. den Nachweis dieser Verflechtung bei Armand Mattelart, Mabel Piccini, Michèle Mattelart, *Los medios de comunicación de masas. La ideología de la prensa liberal en Chile*, *Cuadernos de la Realidad Nacional*, 3/1970.

Tabelle 1: Sozio-ökonomische und politische Indikatoren des Wandels in Chile 1925—1965

| Jahr | Urbanisierung % der städt. Bevölkerung | Beschäftigte in % | | Wahl- berech- tigte in % der Bevöl- kerung | Partizipation in % der Wahl- berech- tigten | | Stimmen anteile | |
|---------|--|----------------------|-----------------|---|--|------------------------------|------------------------|------|
| | | Land- wirtschaft | Tert. Sektor | | in % der Bevöl- kerung | traditionelle Parteien a) | moderne Parteien b) | |
| 1925 | 46,4—49,4 c) | | | 7,7 | 86,6 | 6,4 | 73,6 | d) |
| 1937 | 49,4—52,5 e) | | | 10,0 | 86,7 | 8,7 | 70,6 | 15,4 |
| 1941 f) | 52,5 | 37,0 | 32,0 | 11,4 | 78,2 | 8,9 | 51,9 | 37,3 |
| 1961 f) | 68,2 | 31,0 | 36,0 | 23,8 | 74,5 | 17,8 | 56,9 | 34,9 |
| 1965 | 71,5 | 27,0 | 37,0 | 34,1 | 80,3 | 27,4 | 26,5 | 66,9 |

Anmerkungen: a) Traditionelle Parteien: Konservative, Liberale und Radikale; b) Moderne Parteien (partidos modernizantes = Reformparteien) Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten; c) die beiden Daten entsprechen den Jahren 1920 und 1930; d) Vorläufer der Kommunisten und Sozialisten war die Demokratische Partei, die 1925 einen Stimmenanteil von 22,3 Prozent besaß; e) die beiden Daten entsprechen den Jahren 1930 und 1940; f) die Daten der ersten drei Rubriken gelten jeweils für die Jahre 1940 und 1960.

(Die Tabelle wurde Dieter Nohlen, Sozioökonomischer Wandel und Verfassungsreform in Chile 1925—1972, Verfassung und Recht in Übersee 1/1973, S. 74, entnommen; Quellen: Armand Mattelart, Manual de Análisis Demográfico, Santiago 1964; Jorge Tapia V., Bureaucratic Power in a Developing Country, Diss. University of Texas, Austin 1969; ODEPLAN, Plan de la Economía Nacional. Antecedentes sobre el desarrollo chileno 1960—70, Santiago 1971; Dirección del Registro Electoral, Santiago).

Christliche Demokraten, in einem stürmischen Aufstieg bei den Wahlen von 1965 zur stärksten Partei avanciert, Kommunisten (moskauer Orientierung) und Sozialisten (im Unterschied zu europäischen Namensvettern weiter links von der Kommunistischen Partei angesiedelt und pro-castroistisch) propagierten eine Politik struktureller Reformen zur Überwindung von Abhängigkeit und Rückständigkeit. Sie forderten eine Agrarreform, die Nationalisierung ausländischer Unternehmen und die Verstaatlichung strategischer Industrien, eine Einkommensumverteilung, Erziehungsreform, Verfassungsreform etc. Sinnfälliger Ausdruck der Umstrukturierung des

Parteiensystems war der Wahlkampf von 1964, als *Eduardo Frei* und *Salvador Allende* als Exponenten der „partidos modernizantes“ ohne ernsthaften weiteren Mitbewerber der traditionellen Rechten um das Regierungsmandat kämpften. Das gemäßigtere Programm der „Revolution in Freiheit“ siegte mit 56 Prozent der Wählerstimmen gegenüber dem sozialistischen Programm der FRAP (Frente de Acción Popular), auf das 39 Prozent der Stimmen entfielen. Sechs Jahre später setzte sich jedoch gegen eine durch die *Freische* Politik der Strukturreformen wieder erstarkte Rechte die radikalere sozialrevolutionäre Alternative durch¹⁵⁾.

II. Das Modell: Demokratischer Sozialismus und nicht-kapitalistische Entwicklung

Als *Salvador Allende Gossens* bei den Präsidentschaftswahlen vom 4. September 1970 mit 36,6 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen eine relative Mehrheit auf sich vereinigte und den Kandidaten der Rechten, *Jorge Alessandri Rodriguez*, knapp und den Bewerber der Christdemokraten, *Radomiro Tomic Romero*, sicher schlug (auf sie entfielen 35,3

respektive 28,1 Prozent der Stimmen), wurde diesem Ereignis welthistorische Bedeutung

¹⁵⁾ Zur programmatischen Entwicklung der Parteien, ihrer wahlsoziologischen Struktur und zur jüngeren politischen Geschichte als Vorgeschichte des Wahlsieges von *Salvador Allende* bei den Wahlen von 1970 s. Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, Hamburg 1973, S. 72—112.

zugesprochen¹⁶⁾. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte war ein erklärter Marxist siegreich aus freien Wahlen hervorgegangen. Mit dem Wahlsieg eröffnete sich die Möglichkeit, ein revolutionäres Programm radikaler Strukturreformen legal und mit friedlichen Mitteln durchzuführen.

Die zentrale Zielvorstellung des Regierungsbündnisses der Volkseinheit (Unidad Popular, UP), der Kommunisten, Sozialisten, Radikale und die drei kleinen Gruppen der Sozialdemokraten, marxistischen Christdemokraten (MAPU) und Unabhängigen Volksaktion (API) angehörten, war der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Chile. Dies sollte unter Anerkennung der bürgerlichen Verfassung, Respektierung der bürgerlichen Freiheiten, Aufrechterhaltung freier Wahlen und bei Unterwerfung unter den Mehrheitsentscheid der Bevölkerung geschehen. Nicht gewaltsam, wie die castroistische Linke forderte, sondern im Rahmen von Verfassung und Gesetz sollte die Sozialisierung der Produktionsmittel stattfinden und sollten Planwirtschaft und zentrale Kontrolle eingeführt werden. Ohne Bruch mit dem Rechtsstaat und unter Verzicht auf die Diktatur des Proletariats in der Übergangsphase vom bürgerlichen Klassenstaat zur sozialistischen Gesellschaft, die Lenin für unabdingbar hielt¹⁷⁾, wollte Chile einen zweiten Weg zum Sozialismus aufzeigen¹⁸⁾. Dabei implizierte das Modell, daß die bürgerliche Institutionalität nicht durch Zerschlagung des Staatsapparats, sondern langfristig mit den Mitteln des bürgerlichen Staats überwunden würde (Aufhebung der Gewaltenteilung, Einführung einer Volkskammer, Einrichtung von Volksgerichten etc.) Sowohl die Übergangsphase zum Sozialismus sollte demokratisch im bürgerlichen Verständnis des Begriffs verlaufen als auch die sozialistische Gesellschaft, der man zustrebte, demokratisch verfaßt sein. Demokratie und Sozialismus sollten vereint werden.

Ökonomisch ging mit dem „chilenischen Weg zum Sozialismus“ das Konzept einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung einher. Ausgehend von einer dependenztheoretischen Analyse der nationalen Wirklichkeit¹⁹⁾ wur-

de eine neue Wirtschaft geplant. Als entscheidende Ursachenfaktoren der Unterentwicklung Chiles wurden die Abhängigkeit der chilenischen Volkswirtschaft vom ausländischen Kapital, die Konzentration der Produktionsmittel in den Händen weniger, die Ausnutzung des Staates für die Interessen der nationalen Monopole, das internationale Kapital und die ungleiche Einkommensverteilung auf die Bevölkerungsschichten herausgestellt. Zentrale Bedeutung wurde der Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln beigemessen^{19a)}. Das Kupfer und andere Grundstoffindustrien, wirtschaftsstrategisch wichtige Unternehmen und die Banken sollten verstaatlicht werden und der Außenhandel unter die Kontrolle des Staates kommen. Zu der strukturellen und ordnungspolitischen Transformation trat das Konzept wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne von Wachstum hinzu. Beide Ziele sollten zugleich in Angriff genommen werden.

Der Wirtschaftsplan von 1971 ging sogar von einem kausalen Zusammenhang zwischen Nationalisierungs- und Verstaatlichungspolitik einerseits und der Politik wirtschaftlichen Wachstums andererseits aus: Nur wenn die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln verändert würden und der Staat die Gewinne der großen Monopole vereinnahmte und die Wirtschaft lenken könne, sei von staatlicher Seite eine Politik der Einkommensumverteilung, der Neuorientierung und Steigerung der Produktion und des Einsatzes vermehrter Gewinne für Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung möglich. Die strukturellen internen und externen Faktoren der Unterentwicklung gelte es zu überwinden. Da die UP-Ökonomen in der Konzeption ihrer wirtschaftlichen Transformations- und Reaktivierungsmaßnahmen eine positive Korrelation beider Ziele im Hinblick auf Wachstum vermuteten, planten sie zu gleicher Zeit tiefgreifende Strukturveränderungen der Wirtschaft, Produktionssteigerungen und Einkommensumver-

T. Evers und Peter von Wogau, „dependencia“, lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung, in: Das Argument 79/1973, S. 404—454

^{19a)} Zu den ökonomischen Vorstellungen der UP siehe vor allem Gonzalo Martner (Hrsg.), El pensamiento económico del gobierno de Allende, Santiago 1971, sowie verschiedene Publikationen der staatlichen Planungsbehörde ODEPLAN, u. a.: El gobierno popular y una estrategia económica latinoamericana, Santiago 1971; Plan de la Economía Nacional: 1971—1976. Antecedentes sobre el desarrollo chileno 1960—1970, Santiago 1971.

¹⁶⁾ Für viele s. Boris Goldenberg, Chiles Weg zum Sozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/1971, S. 37 f.

¹⁷⁾ U. a. in Staat und Revolution (1917), Lenin Werke, Bd. 25, S. 413, S. 425.

¹⁸⁾ S. dazu Salvador Allende, Nuestro camino al Socialismo. La vía chilena, Santiago 1971; ders.; Chiles Weg zum Sozialismus, Wuppertal 1972.

¹⁹⁾ Zu den verschiedenen theoretischen Bedeutungen und zum Stand der Dependenztheorie siehe jetzt den sehr verdienstvollen Beitrag von Tilman

teilung. „Die Basis des Wachstums in dieser Strategie (sollte) eine außerordentliche Steigerung des Konsums der Bevölkerung“²⁰⁾ sein, die per Nachfrage die Produktion stimuliert,

die vorhandenen Kapazitäten in der Wirtschaft und die Arbeitskraftreserven ausschöpft, eine erste Umverteilung der Einkommen zuläßt und den Konsum demokratisiert.

III. Die konkreten Voraussetzungen und Bedingungen: Mußte Allende scheitern?

Konnte das Modell, konnten die mit ihm einhergehenden Vorstellungen in die Praxis umgesetzt werden, oder mußte eine daran orientierte Politik scheitern, aus prinzipiellen Gründen oder infolge der zu erwartenden internen und externen Widerstände? Der erste Teil der Fragestellung ist mehr ideologisch-theoretischer Natur und läuft auf die Frage hinaus, ob grundsätzlich Sozialismus mit Demokratie und bürgerlichen Freiheiten vereinbar ist. Ohne hier eine detaillierte Begründung zu geben, möchte ich die Frage mit Ja beantworten und mich damit entschieden gegen Kritiker des chilenischen Experiments abgrenzen, die vom Prinzip her beide Phänomene in der Praxis für unvereinbar halten, komme diese Kritik von rechts-konservativer oder marxistisch-leninistischer Seite. Uns soll im folgenden weniger die theoretische Frage beschäftigen, wir wenden uns den konkreten chilenischen Verhältnissen zu. Hier gilt es hervorzuheben, daß trotz aller zu erwartenden Widerstände gegen eine sozialistische Entwicklung Chiles und trotz der schwierigen Probleme, die eine solche Politik aufwerfen mußte, die Voraussetzungen für die Realisierung eines friedlichen und legalen Übergangs zum Sozialismus und eines anti-kapitalistischen Entwicklungsweges vergleichsweise günstig waren. Zu den hervorstechenden internen Voraussetzungen zählten:

1. Die chilenische Verfassungstradition. Wie kein anderes Land in Lateinamerika zeichnete sich Chile durch einen hohen Grad an Institutionalisierung der Politik aus. Der Konsensus in die bestehende politische Ordnung war derart (selbst gemessen an europäischen Verhältnissen bemerkenswert) groß, daß ein erklärter Gegner der bestehenden politischen Ordnung mit einem revolutionären, systemüberwindenden Programm legal an die Regierung gelangen konnte.

2. Die christdemokratische Sozialrevolution. In der Regierungszeit von *Allendes* Vorgän-

ger, *Eduardo Frei*, waren eine Reihe sozial-reformerischer Gesetze erlassen worden, die *Salvador Allende* vielfach den Weg ebneten. So hatte *Frei* bereits das Kupfer zu 51 Prozent „chilenisiert“, die Produktionskapazität dieses für die Finanzierung weiterer Reformmaßnahmen wichtigen Exportguts auf das Doppelte gesteigert, ein Agrarreformgesetz durchgebracht, das endgültig mit der Latifundienwirtschaft brechen konnte, die chilenische Zahlungsbilanz positiv gestaltet (und 360 Mio. Dollar Devisenreserven angelegt) und schließlich eine Verfassungsreform durchgesetzt. Sie gab dem Präsidenten weitere Mittel zur Lenkung der Wirtschaft und das Instrument des Referendums an die Hand, um Differenzen zwischen der Exekutive und der traditionell konservativeren Legislative mittels des Volksentscheids überwinden zu können. Auf die Christdemokraten ging auch die politische Mobilisierung der bis in die sechziger Jahre auch von den marxistischen Parteien sträflich vernachlässigten Landbevölkerung zurück. Da die Christdemokraten eine Beschleunigung und Vertiefung der unter *Frei* begonnenen Sozialrevolution erreichen wollten (vollständige Nationalisierung des Kupfers, radikalere Durchführung der Agrarreform, Verstaatlichung der Banken, Einführung des Einkammersystems, etc.²¹⁾) und ihr Wahlkampf den der Volkseinheit an revolutionärer Entschlossenheit übertraf²²⁾, lag eine breite Front aller anti-imperialistischen, sozialrevolutionär und demokratisch gesinnten politischen Kräfte durchaus im Bereich des Möglichen. Vielversprechend für Chiles Entwicklung wäre gewesen, im Sinne der UN-Entwicklungsstrategie der „Unified Approach to development“ den Entwicklungsweg der Christdemokraten schrittweise an die sozialistische Zielvorstellung anzugleichen²³⁾.

²⁰⁾ ODEPLAN, Plan de la economía nacional 1971—1976, in: Gonzalo Martner, El pensamiento económico del gobierno de Allende, Santiago 1971, S. 70.

²¹⁾ El programa Tomic, in: Política y Espíritu, 317/1970, S. 15—42.

²²⁾ Zum Wahlkampf von 1970 s. Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, a. a. O., S. 113—132.

²³⁾ United Nations, Economic and Social Council, Report on a Unified Approach to Development Analysis and Planning, Genf 1972, S. 20.

3. Eine sozialrevolutionäre Mehrheit in der Wählerschaft. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten *Salvador Allende* und *Radomiro Tomić*, deren Programme sich ähnelten, fast zwei Drittel der Wählerstimmen. Die politische Rechte verlor nach der Wahlniederlage des greisen *Alessandri* ihre politische Integrationsfigur.

4. Der bereits erreichte hohe Verstaatlichungsgrad der chilenischen Wirtschaft. Im Jahre 1970 erzeugte der Staat in seinen Unternehmungen etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und finanzierte 70 Prozent der im Lande vorgenommenen Investitionen, ohne allerdings bislang die Kontrolle der aus öffentlichen Geldern finanzierten privaten Wirtschaftstätigkeit wahrzunehmen²⁴⁾.

Diesen günstigen Voraussetzungen stand nur ein einziger wesentlicher inländischer Negativposten gegenüber: Die Versuche der politischen Rechten, der Industrie- und Bankkreise und der Latifundisten, durch Kapitalflucht ins Ausland, Investitionsbegrenzungen, Produktionsdrosselung, Hortung von Waren, etc. ein ökonomisches Chaos zu erzeugen²⁵⁾.

Zweifellos waren die externen Bedingungen nicht so günstig wie die internen. Die strukturelle Verflechtung der chilenischen Volkswirtschaft mit dem Weltwirtschaftssystem, das von den Industrienationen kontrolliert wird, mußte einer nach nationaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit strebenden, anti-imperialistischen und die Interessen der USA bzw. nordamerikanischen Unternehmen frontal angreifenden Politik einen engen Aktionsrahmen setzen. Auch wenn eine Direktintervention der USA nach dem Muster der Dominikanischen Republik von 1965 oder drastische Blockademaßnahmen wie im Falle Kubas von vornherein ausgeschlossen waren, so war doch zu erwarten, daß sie aus ideologisch-politischen und ökonomischen Motiven der *Allende*-Regierung erhebliche Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihres nationalistisch-revolutionären Programms machen würden. Daß auch internationale Organisatio-

nen wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank sich möglicherweise unfreundlich verhalten würden, konnte ebenfalls keine Überraschung für die marxistischen Ökonomen Chiles darstellen, denn die marxistischen Parteien des Subkontinents hatten immer wieder die Unterwerfung der internationalen Kreditgeber unter die Interessen der nordamerikanischen Großkonzerne angeprangert. In ihrem Kampf gegen das ausländische Kapital der Industrienationen hoffte die UP auf die Solidarität der sozialistischen Länder.

Die genannten widrigen externen Bedingungen erforderten vor allem eine bedachte interne Politik, die die leichter gestaltbaren inländischen dynamischen Faktoren mehr berücksichtigte. Gesah dies, war anzunehmen, daß der Druck der USA oder Interventionsgelüste von US-Unternehmen den gegenteiligen Effekt erzeugten, nämlich eine verstärkte Solidarisierung des Volkes mit der Regierung zur Folge haben würden. Die Richtigkeit dieser Annahme wird belegt durch die Reaktion der Bevölkerung und der Christdemokraten auf den Versuch, *Salvador Allendes* Regierungsübernahme zu vereiteln²⁶⁾.

Eine solche interne sozialrevolutionäre Politik, die sich stets auch als Funktion der Überwindung der externen Widerstände, die sich gegen eine Politik ökonomischer Unabhängigkeit richteten, begriffen hätte, mußte zur Grundlage haben:

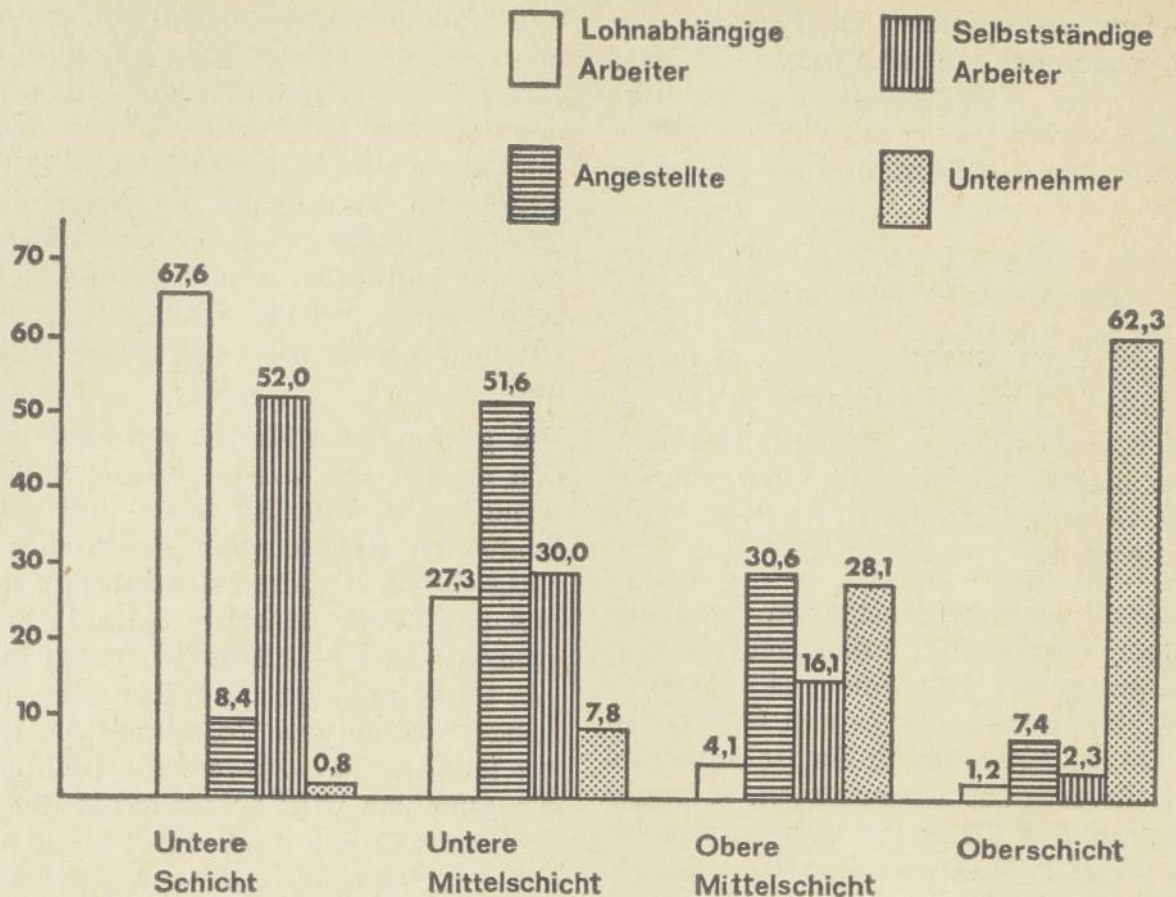
1. Eine exakte Gesellschaftsanalyse Chiles und eine darauf aufbauende politische Strategie. Chiles Gesellschaft ist soziologisch durch eine breite Mittelschicht gekennzeichnet. Die Einkommensklassen, die man zur unteren Mittelschicht rechnen kann, machen etwa 34 Prozent der Bevölkerung aus. Zusammen mit der oberen Mittelschicht und der Oberschicht bildet sie eine Mehrheit von etwa 53 Prozent gegenüber einer Unterschicht, die sich sehr heterogen entwickelt hat und fast zu gleichen Teilen aus lohnabhängigen und selbständigen Arbeitern besteht. Die sehr differenzierte Einkommenssituation und Schichtzugehörig-

²⁴⁾ CEDEM, Elementos para un análisis de la intervención del Estado en la economía chilena, Santiago 1968.

²⁵⁾ Ein Bild von den (in der UP Terminologie) „anti-chilenischen Umtrieben“ der politischen Rechten in der Phase zwischen Wahlsieg und Regierungsantritt Allendes und den teilweise psychologisch verständlichen Reaktionen der Privatwirtschaft auf das Wahlergebnis vom 4. September 1970 gibt der schonungslos offene Bericht des damaligen Finanzministers Andrés Zaldívar, Informe económico y financiero entregado por el ex Ministro de Hacienda Andrés Zaldívar, in: Política y Espiritu, 318/1970, S. 20—25.

²⁶⁾ Ein Opfer dieses Versuchs wurde der Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte, General René Schneider. Man muß an das denkwürdige Ereignis erinnern: der noch amtierende Präsident, Eduardo Frei, und der bereits durch den Kongreß designierte Präsident, Salvador Allende, tragen gemeinsam General Schneider zu Grabe. Als — 18 Monate später — durch die Enthüllung des nordamerikanischen Journalisten Jack Anderson Interventionspläne der ITT zur Verhinderung der Regierungsübernahme bekannt wurden, versuchte Allende, den Expräsidenten zu belasten und damit politisch auszuspielen.

Graphik 1: Einkommenssituation und Schichtungszugehörigkeit der Berufsgruppen in Chile



(Entnommen aus: Dieter Nohlen, Chile — Das Sozialistische Experiment, Hamburg 1973, S. 89)

keit geht aus Graphik 1 hervor. Von besonderer Bedeutung ist, daß Teile der Industriearbeiterschaft ihren Einkommen nach bis in die obere Mittelschicht hineinreichen, so daß — auf einen kurzen Nenner gebracht²⁷⁾ — keine gemeinsame ökonomische und soziale Klassenlage und kein einheitliches politisches Bewußtsein der Arbeiterschaft in Chile existiert. Marxistische Begriffe und Strategien konnten nicht einfach schematisch auf die chilenischen sozio-politischen Verhältnisse übertragen werden, wenn man vermeiden wollte, daß Teile der Arbeiterschaft statt zur Avantgarde der Revolution zu einem ernststen Hindernis für den sozio-ökonomischen Wandel würden.

2. Eine Strategie schrittweiser Veränderung der sozio-ökonomischen Strukturen, ausgehend von den objektiven Gegebenheiten, ohne durch ihre Berücksichtigung in bloßen Reformismus zu verfallen, und orientiert am Endziel der sozialistischen Umgestaltung, ohne einem „abstrakten maximalistischen Revoluzzertum“ zu erliegen. Es durfte „nicht

²⁷⁾ S. dazu ausführlich Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, a. a. O., S. 62—69 und die dort verarbeiteten chilenischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen.

vergessen werden, daß das Kriterium für den revolutionären Wert einer politischen Strategie nicht die Reinheit ihrer theoretischen Prämissen ist, sondern ihre Fähigkeit, die Realität zu verändern“²⁸⁾. Dazu war es notwendig, differenzierte Bündnisse mit linken, nicht-marxistischen Gruppen zu schließen, die in der Überwindung der bestehenden Ordnung und in einer anti-imperialistischen Politik übereinstimmten. Nur allmählich konnten sich — sollte der Weg zum Sozialismus bürgerlich-demokratisch sein — das der gesellschaftlichen Zielvorstellung entsprechende Klassenbewußtsein und die sozialistische Revolution herausbilden. Besonders die politisch unentschiedene Machtfrage erforderte eine Strategie aufeinanderfolgender Schritte und eine Politik überschaubarer Konsequenzen auf die Wirtschaftskonjunktur und das Wahlverhalten.

3. Die einheitliche Führung des revolutionären Prozesses. Es mußte verhindert werden, daß miteinander unvereinbare politische Strategien bei der sozio-ökonomischen Umwälzung angewandt würden.

²⁸⁾ Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt 1969, S. 8, 70.

1. Ideologische und politisch-strategische Differenzen in der Volkseinheit

Einer der wichtigsten Gründe für das Scheitern *Allendes* liegt in den ideologischen und politisch-strategischen Differenzen, die von Anfang an das Bündnis der verschiedenen Parteien und Bewegungen belasteten. Fragt man danach, welche von ihnen überhaupt mehrheitlich einen unabdingbar demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus verwirklichen wollten, so waren dies die Kommunisten, Radikalen, Sozialdemokraten und die Unabhängige Volksaktion. Keine Mehrheit fand das Modell des „eigenen chilenischen Weges zum Sozialismus“ vor allem bei den Sozialisten, der Partei *Allendes*. Als der gemäßigte *Aniceto Rodriguez* unter *Allendes* Zustimmung auf dem Parteikongreß der Sozialisten in La Serena vom Januar 1971 durch den revolutionären Hitzkopf *Carlos Altamirano*, der die „revolutionäre Gewalt für unvermeidlich und legitim“ hielt²⁹⁾, in der Führung der Sozialistischen Partei abgelöst wurde, zeigte sich, daß der Wahlsieg *Allendes* für die Sozialisten kein Einschwenken auf den demokratischen Weg zum Sozialismus bedeutete, sondern nur günstigere Bedingungen für die Fortsetzung ihrer bisherigen, prinzipiell an der Notwendigkeit des gewaltsamen Bruchs der bestehenden Ordnung festhaltenden Strategie. Sie wiesen nicht nur Bündnisse und Absprachen mit den Christdemokraten, die die Kommunisten zu fordern nicht nachließen, zurück: In La Serena beschlossen die Sozialisten den ideologischen Kampf innerhalb der Volkseinheit³⁰⁾. Der heftigst geführten Kampagne gegen die Radikalen als Hauptvertreter der Mittelschicht in der UP war die bereits im Niedergang begriffene, 1971 in die Sozialistische Internationale aufgenommene Partei nicht gewachsen. Sie spaltete sich und wurde rasch — ebenso wie die Sozialdemokraten und die Unabhängige Volksaktion — für die politische Linie der UP bedeutungslos³¹⁾. Die Sozialisten, nach den Kommunalwahlen vom April 1971 durch Verdoppelung ihres prozentualen Anteils an den Wählerstimmen zur stärksten Partei in der

UP aufgestiegen, drängten auf eine rasche Entscheidung in der politischen Machtfrage, um den revolutionären Prozeß festzuschreiben. Dabei kamen sie spätestens mit den Parlamentswahlen vom März 1973 zu der Überzeugung, daß der Demokratismus freier Wahlen nicht mehr als Instrument taugte, den Sozialismus in Chile einzuführen: „Der leninistische Sozialismus kannte und kennt nur eine Bahn, die nichts gemein hat mit freien, geheimen, und auf frei zugänglicher Information beruhenden Wahlen. Dieses dumme Geschwätz gehört in die Archive“³²⁾. Da auch der MAPU sich marxistisch-leninistisch entwickelte, bestand innerhalb der UP nach zwei Jahren Regierungsübung keine Mehrheit mehr für den „demokratischen Weg“, nachdem ein Konsensus darüber von Anfang an gefehlt hatte.

2. Die alternative Strategie: bürgerlich-demokratische oder revolutionäre Legitimität

Hort der Alternativstrategie der subversiven Durchbrechung der bestehenden Ordnung war die linksextreme „Bewegung der revolutionären Linken“, MIR, die *Allende* nicht nur in ideologische Auseinandersetzungen verwickelte³³⁾, sondern in ihren Bastionen im Süden des Landes, später in den Industriegürteln um die Großstädte herum den legalen Weg überschritt und direkt-revolutionäre Aktionen unternahm. Ziel war der Aufbau neuer Institutionen und die Heranbildung einer Bauern- und Arbeitermacht, die in der als unausweichlich angesehenen gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind den Sieg davontragen würden. Dem diente auch die Aushöhlung und Lahmlegung von Institutionen des bürgerlichen Staatsapparats. Die Revolution bürgerlich-demokratischer Legitimität *Allendes* und diejenige Revolution, die vom MIR gefördert und gelenkt, von der Sozialistischen Partei innerhalb der UP abgesichert, auf die revolutionäre Legitimität setzte,

²⁹⁾ So Carlos Altamirano im Februar 1973, zit. nach Ercilla 1961/1973, S. 8.

³⁰⁾ S. dazu den scharfen Disput zwischen *Allende*, der von den Studenten ausgepiffen wurde, und Nelson Gutierrez vom MIR in der Universität von Concepción vom 30. Mai 1971, in Auszügen in: Punto Final, 132/1971, S. 1—5. Hier sei auch an den Besuch Fidel Castros in Chile vom November/Dezember 1971 erinnert, der unter anderem dem Ziel diente, den castroistischen MIR zur Raison zu bringen. Zu Castros Reden in Chile s. die Nummern 144 bis 146 des Punto Final, 1971.

²⁹⁾ In der Formulierung der Resolution der Sozialistischen Partei auf ihrem XXII. Parteitag von Chillán 1967.

³⁰⁾ S. Julio César Jobet, *El partido socialista de Chile*, 2 Bde., Santiago 1971, Bd. II, S. 169—190.

³¹⁾ Hier gilt es anzumerken, daß bei der Bildung der Volkseinheit und der Ausarbeitung des UP-Programms alle Parteien gleiches Gewicht hatten.

ergänzten sich jedoch nur scheinbar³⁴). Im Grunde schaden sie sich gegenseitig. Vor allem der demokratische Weg zum Sozialismus wurde aufs äußerste belastet, da durch die kontinuierlichen Rechtsübertretungen des MIR die bürgerlichen Schichten verprellt wurden, ohne die wahlpolitisch die von den Marxisten forcierte politische Machtfrage nicht zugunsten der Volkseinheit entschieden werden konnte. Allein die Kommunisten haben innerhalb der UP gegen den verhängnisvollen strategischen Fehler der Linksextremen scharf opponiert. Ihr Parteisekretär, *Luis Corvalán*, brandmarkte das Verhalten der extremen Linken als negativ: „... es ist objektiv eine Unterstützung für die Politik der Reaktionen. Sie erlauben sich den Luxus und die Freiheit, wie Freischärler aufzutreten, auf eigene Rechnung zu handeln, eine Serie von Maßnahmen zu ergreifen..., die der Regierung schaden... Ich sehe ehrlich keine Möglichkeit der Verständigung mit ihnen, es sei denn, sie ändern substantiell ihre Position“³⁵). Doch der revolutionäre Prozeß brachte der Alternativstrategie zum „chilenischen Weg“, den sie politisch ungangbar machte, immer größeren Zulauf in der UP-Basis. Während es zu Beginn der Regierungszeit *Allendes* möglich war, daß die Volkseinheit sich von den Linksextremisten entschieden abgrenzte und ihre Aktionen unterband, war *Allende* nach der zugespitzten Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Gruppen in Chile auf das MIR und die von ihm aktivierten Massen angewiesen, die ihn zwar des Reformismus anklagten, aber seine politisch bewußteste und sicherste Basis darstellten³⁶).

³⁴) Eine positive Korrelation beider Strategien nahmen voreilig Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971, S. 281, an.

³⁵) Eduardo Labarca Corvalán 27 horas. El PC chileno por fuera y por dentro, Santiago 1972, S. 121.

³⁶) Unter dem Signum, die reformistische Führung des Revolutionsprozesses zu überwinden, stand der Wahlkampf des MIR und von Teilen der Sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen vom März 1973. Bautista von Schouwen, einer der Führer des MIR, schrieb Anfang September 1973 zum Jahrestag des Wahlsiegs von Allende: „Die Errungenschaften .. des Proletariats ... sind ernsthaft und substantiell bedroht durch die rückschreitende und hinkende Haltung der reformistischen Führung der UP und der Regierung ... Der Reformismus hat versagt ... Der sogenannte chilene Weg zum Sozialismus scheitert ... Es ist notwendig ... im Kampf selbst eine neue revolutionäre Führung aufzubauen, die einen alternativen Weg zum Reformismus bedeutet ...“, Leitartikel in: La Tercera de la Hora, 5. September 1973, S. 3.

3. Die überschrittene Legalität

Die Aktivitäten des MIR waren der Kern des Vorwurfs der politischen Opposition, die Regierung verletze Verfassung und Gesetze. Vor allem die Duldung gewaltsamer Landbesetzungen durch vom MIR und ihm untergeordneter oder ihm nahestehender Organisationen motivierte oder geführte Landarbeiter, die Duldung oder gar Förderung (von Seiten der Sozialistischen Partei) extremer Gruppierungen und ihrer Aktionen durch die vom Präsidenten der Republik ernannten und ihm verantwortlichen Intendanten der Provinzen, die Aussperrung streikender Arbeiter durch revolutionäre, teilweise betriebsfremde Komitees, die Requisition und anschließende Rückgabeverweigerung von Fabriken und Fahrzeugen anlässlich von Streiks etc., begründeten auch die Resolution des Abgeordnetenhauses vom 22. August 1973, in welcher es die Exekutive des Bruchs der Verfassung, des Verfassungsstatuts vom Januar 1971³⁷) und der Gesetze anklagte³⁸). Vorher hatte das Parlament mittels einer Vielzahl von Ministeranklagen die Verantwortlichkeit der Regierung herauszustellen versucht.

Der Kongreß fühlte sich aber auch durch direkte Maßnahmen der Regierung übergangen. Nur ein einziges strukturveränderndes Gesetz wurde vom Kongreß verabschiedet, nämlich die einstimmig beschlossene Verfassungsänderung zur Nationalisierung des Kupfers³⁹). Für die Agrarreform bildete das *Freische* Gesetz die rechtliche Grundlage, für die Verstaatlichung der Industriebetriebe ein nicht außer Kraft gesetztes Dekret aus der Zeit der kurzlebigen Sozialistischen Republik von 1931, das ein findiger Jurist zur Verblüffung der Opposition aufgespürt hatte⁴⁰). Die Banken wurden durch Kauf der Aktienmehrheit von der staatlichen Entwicklungsbehörde CORFO dem sozialisierten Sektor der Wirtschaft eingefügt. In ihrer Politik blieb der Regierung ein großer Ermessensspielraum und stets der indirekte Weg über Pressionen, da sie Teile der Arbeitnehmer in den Betrieben,

³⁷) Den Text des Verfassungsstatuts enthält der koordinierte Verfassungstext, den Dieter Nohlen bearbeitet und unter Mitarbeit von Petra Göpel, Peter Hemmersmeier und Renate Witzel übersetzt hat, und der als Beilage zu Verfassung und Recht in Übersee, Heft 1/1973, Republik Chile, erschienen ist.

³⁸) *Ercilla*, 1989/1973, S. 9.

³⁹) Text der Verfassungsänderung bei Dieter Nohlen, Republik Chile, a. a. O., S. 65—71.

⁴⁰) Eduardo Novoa Monreal, Vías legales para avanzar hacia el socialismo, in: Mensaje 197/1971, S. 84—90.

die Kreditinstitutionen, die Preisbehörde und den Außenhandel kontrollierte. Ein von beiden Kammern des Kongresses verabschiedetes Gesetz, das Richtlinien für die drei im UP-Programm verankerten Wirtschaftsbereiche des verstaatlichten, gemischten und privaten Sektors enthielt, wurde von *Allende* nicht verkündet und Gegenstand eines Verfassungskonflikts⁴¹⁾. Verschiedene Gesetzesvorlagen der UP wie jene zur Einführung von Volksgerichten, der Volkskammer und der polytechnischen Einheitsschule (ENU) wurden nach kurzer, heftiger öffentlicher und parlamentarischer Debatte wieder zurückgezogen, da sie keine Mehrheit fanden.

Zentral im Streit um die Legalität des revolutionären Prozesses und der politischen Kräfte, die ihn führten, war die Frage der Kontrolle sich bewaffnender rechter und linker Gruppen. Nach der Verfassung sind allein die Streitkräfte und die Polizei (*Carabineros*) als Kampfverbände zum Tragen und Gebrauch von Waffen berechtigt. In ihrer Strategie des Aufbaus von Bauern- und Arbeitermilizen für die als unausweichlich betrachtete bewaffnete Endauseinandersetzung verfuhr der MIR nicht nur ungesetzlich, sondern tangierte auch das Privileg der Streitkräfte und gefährdete ihren verfassungsmäßigen Auftrag, Recht und Ordnung im Lande zu schützen. Die Christdemokraten erhoben immer wieder die Forderung an *Allende* und an die Streitkräfte, die illegale Bewaffnung der extremen Linken und Rechten (um *Patria y Libertad*) zu unterbinden. Sie brachten schließlich ein Gesetz ein, das die Streitkräfte verpflichtete, die Extremisten zu entwaffnen. Dieses Gesetz trat im Oktober 1972 in Kraft, doch erst wenige Tage nach dem Putschversuch des Obersten Souper vom Juni 1973 nahmen die Streitkräfte entsprechende Maßnahmen vor, die das Verhältnis von MIR und Streitkräften erheblich zuspitzten. Sozialisten und MIR nannten das Gesetz „*La Nueva Ley Madita*“, das neue Schandgesetz⁴²⁾, in Anspielung auf das „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie“, das im Jahre 1948 die Kommunistische Partei Chiles verbot. Versuche der Linksextremisten, die Streitkräfte zu unterwandern, und Aufrufe des MIR zur Befehlsverweigerung an die Soldaten vermitteln einen Eindruck von der Frontstellung, die angesichts des Vordringens der MIR-Strategie innerhalb der UP für die *Allende*-Regierung selbst gefährlich werden mußte.

4. Wirtschaftspolitik als Funktion kurzfristiger Ziele

Die von der UP eingeleitete Wirtschaftspolitik hatte drei Ziele: Die Wirtschaft zu reaktivieren, die Strukturreformen zu beginnen und in der Eroberung der Macht fortzufahren⁴³⁾. In Anbetracht bald fälliger Wahlen zu den Gemeindevertretungen standen die ersten beiden Ziele in Funktion des dritten. Die Regierung wollte der Wählerschaft zeigen, daß sie ihr Programm erfülle, und die getroffenen Maßnahmen sollten rasche Auswirkungen auf die realen Lebensverhältnisse der Menschen haben. Folgerichtig gründete die UP ihr wirtschaftliches Entwicklungskonzept auf Konsumsteigerung. Ihr dienten beachtliche Lohn- und Gehaltserhöhungen und eine strikt gehandhabte Politik der Preiskontrollen. Die Unternehmer sollten die gestiegenen Produktionskosten und geringeren Gewinne durch erhöhte Stückzahlproduktion auffangen.

Kurzfristig war das Konzept erfolgreich. Chile erzielte im ersten UP-Wirtschaftsjahr eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 8,5 Prozent, die es seit 1966 nicht mehr verzeichnet hatte⁴⁴⁾. Die Inflation sank von 34,9 Prozent des Vorjahres auf 22,1 Prozent im Jahre 1971. Politisch schlug sich die günstige Konjunktur in einem erheblichen Stimmenzuwachs der UP und vor allem der Sozialistischen Partei bei den Kommunalwahlen vom 4. April 1971 nieder (s. Tabelle 3). Doch das Patt zwischen Regierung und Opposition konnte nicht gebrochen, die politische Machtfrage nicht entschieden werden.

Bald zeigten sich indes die ersten negativen Auswirkungen der auf kurzfristigen Erfolg ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Der gestiegenen Nachfrage konnte die teils zu geringe, teils zu inflexible nationale Produktion nicht gerecht werden, so daß erheblich größere Importe notwendig wurden, die sich negativ auf den chilenischen Außenhandel auswirkten. Zudem ging die Reaktivierung der Wirtschaft mittels Konsumsteigerung zu Lasten der Kapitalisierung des Landes. Diese beiden zentralen Faktoren einer langfristigen Entwicklungsstrategie, die Investitionsgüterproduktion und der Außenhandel, wurden von der UP sträflich vernachlässigt. Eine realistische Politik zur Überwindung der Abhängigkeit wurde somit nicht geführt. „A realistic policy will have to

⁴¹⁾ S. dazu im einzelnen Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, a. a. O., S. 258—262.

⁴²⁾ Punto Final 190/August 1973, S. 1 und Beilage, 1—6; Chile Hoy, 2/Nr. 61, 10.—16. 8. 1973, S. 5.

⁴³⁾ Ricardos Lagos, Diskussionsbeitrag in: Panorama Económico, 266/1972, S. 25.

⁴⁴⁾ Diese und die folgenden Daten entnommen aus Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, a. a. O., S. 195, 346.

recognize constraints imposed by balance of payments, by external sources of investments and technology, by the structure of effective demand and the installed industrial capacity" 44a). Bei der Verfolgung kurzfristiger politischer Ziele stellt die UP nicht nur die entwicklungspolitisch bedeutenden und langfristig vorrangigen Ziele in Frage, sondern zugleich ihr erklärtes Ziel, die außenwirtschaftliche Abhängigkeit des Landes zu überwinden. Auf diese Weise konnte Chile eine Politik der Offensive gegen das internationale Kapital nicht lange durchstehen, da es bald mehr denn je von externer Finanzierung abhängig sein mußte.

5. Strukturreform und Wirtschaftsentwicklung

Zu den für den chilenischen politischen Prozeß unter *Allende* wesentlichen Maßnahmen gehört die radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln: Nationalisierung des Kupfers, Durchführung der Agrarreform, Verstaatlichung der Banken und Überführung der wichtigsten Industriebetriebe in den verstaatlichten Sektor der Wirtschaft. Die Volkseinheit hat in drei Jahren den entscheidenden strukturverändernden Durchbruch erzielt. Sie legte damit ohne Frage bedeutende Schritte auf dem Wege zum Sozialismus zurück, die in ihrer Substanz nicht rückgängig zu machen sind.

Sie ging allerdings in ihren Wirtschaftsplänen von der naiven Annahme aus, daß diese Reformen positive Produktionsfaktoren und Garantien der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne von Wirtschaftswachstum seien. Diese positive Korrelation von Strukturreform und Produktionssteigerung stellte sich in keinem Falle ein und kann ex post nur als Immunisierungsstrategie gegenüber einer Politik behutsamerer und aufeinanderfolgender Schritte betrachtet werden. Diese Annahme scheint durch den grenzenlosen Optimismus bestätigt, der im Hinblick auf die Bewältigung schwierigster ökonomischer Probleme bei der UP vorherrschte. Drei Stabilisierungsversuche der chilenischen Wirtschaft waren mehr oder

44a) United Nations, Report on a Unified Approach (s. Anm. 28), S. 27; vgl. auch Naciones Unidas/CEPAL, Evaluación de Quito. Sobre el primer bienio de la estrategia de desarrollo, aprobada por la CEPAL en su 15º periodo de sesiones, resolución 320 (XV), 1973. In der Resolution stimmen die lateinamerikanischen Länder darin überein, daß der Schlüssel für die Entwicklung in den internen Anstrengungen der Länder liege und die internationale Kooperation nur ein Faktor zweiten Ranges sei.

weniger gescheitert 44b). Die UP glaubte die Inflation allein strukturell bedingt und vernachlässigte vollkommen ihre monetären Begründungsfaktoren. Zügellose Geldemissionen brachten die Wirtschaft Chiles aus ihrem so wieso wenig gefestigten Gleichgewicht.

Im Kupferbergbau führten umfangreiche Wechsel in der Administration, Schwierigkeiten in der Handhabung und Reparatur von Maschinen mit hohem technologischen Entwicklungsstand, Abwerbung und Abwanderung von Facharbeitern ausländischer und auch chilenischer Nationalität sowie wochenlange Streiks in den verschiedenen Minen, vor allem in Chuquicamata und El Teniente, zu nur geringen Produktionssteigerungen gegenüber den Vorjahren, obwohl unter *Frei* die Produktionskapazität durch die Inbetriebnahme zweier neuer Minen (Andina und Exótica) auf fast das Doppelte gesteigert werden konnte. Teilweise wurde die Rentabilität durch gestiegene Produktionskosten in Frage gestellt. Die Landwirtschaft erlitt Produktionseinbußen von 8 Prozent im Jahre 1972 und 22 Prozent bei der Ernte 1973 jeweils gegenüber dem Vorjahr. Hier wirkten sich die überhasteten Landenteignungen ohne Bereitstellung der notwendigen technischen und finanziellen Hilfen und die Konflikte um illegale Landbesetzungen und über die zukünftige Organisationsform der Betriebe negativ auf die Produktion aus. Die verstaatlichten Unternehmen wurden nicht zu den Anführern der nationalen Produktion bei ausschließlicher Profitabschöpfung durch den Staat, sondern zu Defizitbetrieben, die den staatlichen Haushalt belasteten. Die Verlustdeckung für die staatlichen Betriebe betrug im Jahre 1972 40 Milliarden Escudos.

Viele Mißstände können auf die mangelnde Koordination der politischen Zielsetzungen und die fehlende Kooperation der Parteien der Volkseinheit zurückgeführt werden, die Posten in der Wirtschaft und in der Lenkung des Reformprozesses als politische Pfründe ansahen. Dieses Faktum wurde zum ständigen Klagelied der UP auf ihren Klausurtagungen. Die Produktionseinbußen hatten drastische Konsequenzen für den chilenischen Außenhandel. Die Importe an Nahrungsmitteln stiegen von 1970 178 Millionen US-Dollar auf 1972 etwa 400 Millionen Dollar. Die chilenische Zahlungsbilanz sank von Pluswerten in extreme Minuswerte (s. Tabelle 2). Die nun

44b) Siehe dazu Enrique Sierra, Tres ensayos de estabilización en Chile, Santiago 1970, und jetzt auch Ricardo Ffrench-Davis, Políticas económicas en Chile, 1952—1970, Santiago 1973.

von UP-Seite verkündete Einsicht, daß Reformen etwas kosten, diene zur Rechtfertigung der ökonomischen Krise, deren schärfste Manifestation in der schwierigen Versorgungslage der Bevölkerung und in Inflationsrekorden bestand. Um dieser Wirtschaftslage Herr werden zu können, hätte die Regierung über geeignetere Instrumente verfügen müssen, als ihr die Verfassung, die politischen Mehrheitsverhältnisse und das Ausland in Form von Zugängen zu internationalen Krediten zubilligten. Aber auch ihr traditionell nahestehende Bevölkerungsschichten nahmen keine Rücksicht auf das wirtschaftliche Dilemma, in das sich die UP manövriert hatte. Die Arbeiter vor allem der modernen Industrie forderten Lohnangleichungen an die Inflationsraten in immer kürzerem Rhythmus, die Fuhrunterneh-

mer, zu 80 Prozent nur Eigentümer des Wagens, den sie fahren, streikten, als die Regierung Pläne für staatliche Transportunternehmen zur Sicherstellung der Versorgung vorlegte. Die Inflation und die schwarzen Märkte, die u. a. durch den 10prozentigen Reallohn der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben gespeist wurden, trafen vor allem die untere Mittelschicht und die untere Schicht, so daß die Umverteilungsmaßnahmen, die sowieso die kleinen Löhne und Gehälter kaum begünstigten⁴⁵⁾, wieder aufgehoben wurden. *Allende* war wirtschaftlich in einer schier ausweglosen Situation⁴⁶⁾.

⁴⁵⁾ Dieter Nohlen, ebd., S. 203—206.

⁴⁶⁾ Ausführlich zur Wirtschaftsentwicklung Chiles unter der *Allende*-Regierung: Dieter Nohlen, ebd., S. 171—224.

Tabelle 2: Ausgewählte Indikatoren der ökonomischen Entwicklung Chiles 1969—1973

| Indikator | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 |
|---|---------|---------|---------|---------|------------------------------|
| 1. Wachstumsraten (in %): | | | | | |
| BIP pro Kopf | 3,0 | 3,1 | 8,5 | -1,8 | |
| Industrieproduktion | 3,6 | 0,8 | 19,4 | 2,5 | - 7,1 (erste 5 Monate) |
| Kupferproduktion | 4,0 | unv. | 5,8 | 0,4 | |
| Landwirtschaftliche Produktion | 2,5 | 3,5 | 5,6 | -8,0 | ca. -22,0 |
| 2. Kupferproduktion (in tausend Tonnen) | 688,1 | 685,6 | 716,9 | 725,6 | |
| 3. Inflationsrate (in %) | 30,7 | 35,7 | 22,1 | 163,4 | ca. 400,0 |
| 4. Arbeitslosigkeit (in %) | | | | | |
| Chile insgesamt | 5,0 | 6,0 | 4,3 | | |
| Santiago (jeweils März) | 6,1 | 6,8 | 8,2 | 4,8 | 3,8 |
| 5. Außenhandel | | | | | |
| Importe insgesamt (in Mio. US-Dollar) | 911,5 | 948,3 | 1 165,6 | 1 432,2 | ca. 1 644 |
| Agrarimporte (in Mio. US-Dollar) | 149,7 | 178,2 | 313,6 | 533,2 | ca. 650 |
| Exporte insgesamt (in Mio. US-Dollar) | 1 139,4 | 1 125,8 | 964,7 | 836,2 | ca. 1 117 |
| Kupferexport (in Mio. US-Dollar) | 925,5 | 867,9 | 752,5 | 701,8 | ca. 850 |
| 6. Devisenreserven (in Mio. US-Dollar) | 220,0 | 362,7 | 202,7 | - 28,5 | |
| 7. Zahlungsbilanz (in Mio. US-Dollar) | 222,9 | 177,5 | -139,9 | -378,2 | ca. -500 |

(Quellen: ODEPLAN, Plan de la Economía Nacional: Antecedentes sobre el desarrollo chileno 1960—70, Santiago 1971; ODEPLAN, Informe económico anual, 1971, Santiago 1972, Departamento de Economía der Universidad de Chile, Comentarios sobre la situación económica, 4. Publikation, Santiago 1972; Informe de SOFOFA, in: Ercilla, 1987/[August] 1973, S. 22 f., Panorama Económico, 277/[Mai] 1973, S. 22 f.; einige Daten wurden auch Dieter Nohlen, Chile — Das sozialistische Experiment, Hamburg 1973, entnommen, dort jeweils mit Nachweisen)

6. Externe Widerstände

Bereits die gemäßigte Nationalisierungspolitik der *Frei-Administration* im Kupferbergbau wurde von den US-Unternehmern, auf deren Kooperation man beim gleichzeitigen Ausbau der Produktionskapazität setzte, boykottiert. Die „ausgehandelte Nationalisierung“, die Chile in den Besitz von 51 Prozent der Aktien brachte, geriet zu einem Verlustgeschäft für die chilenische Seite⁴⁶⁾. Die Nordamerikaner beteiligten sich mit keinem Dollar Direktinvestitionen an dem für Chiles Entwicklung äußerst wichtigen Kupferausbau, der für ausländisches Kapital durchaus ertragreich gewesen wäre. Doch blieb Chile bei den internationalen Organisationen kreditwürdig und konnte durch Staatsverschuldung seinen Kreditbedarf decken.

Wir heben diese historische Erfahrung Chiles hervor, um noch einmal auszudrücken, daß die UP-Regierung bei den nordamerikanischen Großkonzernen und der US-Regierung kaum auf Verständnis rechnen konnte und dies anfänglich auch nicht tat. Einerseits verstaatlichte Chile das Kupfer und zahlte keine Entschädigung, da es die exzessiven Gewinne der US-Gesellschaften gegen eine mögliche Entschädigungssumme aufrechnete⁴⁷⁾. Andererseits betrachtete sie die Frage ausländischer Kapitalinvestitionen in Chile in ihrem Programm als entscheidenden Faktor im Begründungszusammenhang von Abhängigkeit und Unterentwicklung. Die Volkseinheit wollte keine Kredite aus kapitalistischen Ländern und glaubte, aufgrund der erhöhten Deviseneinnahmen aus den Kupferexporten auf sie verzichten zu können, da deren Erlöse nach der Nationalisierung der Bergwerke ausschließlich an den chilenischen Staat fallen würden. Sie vertraute zudem darauf, daß gegebenenfalls die sozialistischen Länder unter für Chiles ökonomische Entwicklung günstigeren Bedingungen dem Lande Kredite bereitstellen würden und hoffte auf eine anti-imperialistische, sozialistische Solidarität, für die *Allende* gleich zu Beginn einige Vorleistungen erbracht hatte⁴⁸⁾.

⁴⁷⁾ S. die Analyse von Karl-Heinz Stanzick, „El cobre es chileno“. Eine Untersuchung zur Nationalisierung des chilenischen Kupferbergbaus, in: Vierteljahresberichte — Probleme der Entwicklungsländer, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 46/1971, S. 345—361.

⁴⁸⁾ Die UP-Regierung nahm diplomatische Beziehungen zu Kuba (November 1970), China (Dezember 1970), zur DDR und Nordkorea (März 1971). Die UP überschätzte jedoch den Gegensatz der Gesell-

Beide Prämissen erwiesen sich als falsch. Zum einen warf das Kupfer nicht die erhofften Devisenmehreinnahmen ab, da die Produktion bei steil angestiegenen Kosten kaum zunahm und die Weltmarktpreise für das rote Metall, auf die die US-Unternehmen großen Einfluß haben, auf den tiefsten Stand seit Jahren sanken⁴⁹⁾. Zum anderen fanden sich die sozialistischen Länder nicht zu Devisenhilfen in dem Umfang und unter den Konditionen bereit, die Chiles Wirtschaft sehr bald benötigte. Selbst als *Allende* persönlich in Moskau vorsprach, blieb das Ergebnis mager: 180 Millionen Dollar, davon 30 Millionen für den Kauf von Nahrungsmitteln in der Sowjetunion bestimmt. Insgesamt dürfte Chile in den drei Jahren *Allende*-Regierung effektiv kaum mehr als 400 Millionen Dollar Kredit Hilfe aus sozialistischen Ländern erhalten haben⁵⁰⁾. Aber auch die sozialdemokratisch regierten Länder Europas, die *Allende* um einen Kredit von 200 Millionen Dollar bat, konnten gemeinsam keine 40 Millionen zur Verfügung stellen.

Erst nachdem die Rechnung nicht aufging, begann die UP von einer Kreditblockade der USA zu sprechen, als neue Form des Eingriffs des Imperialismus in den chilenischen Prozeß. Diese Blockade der Kredite, die Chile schädigende Einflußnahme auf den Kupferpreis und die Versuche direkter Intervention der ITT sind ein neuerliches, markantes Beispiel für die immensen Schwierigkeiten, denen sich die Entwicklungsländer im Ringen um eine unabhängige Entwicklung auf der Basis struktureller Reformen gegenübersehen. Ebenso nennens- und untersuchenswert ist aber auch das Desinteresse der sozialistischen Länder am Ausgang des chilenischen Experiments.

schaftssysteme in Ost und West als Faktor wirtschaftspolitischer Entscheidungen des sozialistischen Lagers.

⁴⁹⁾ Der Kupferpreis lag während der Regierungszeit *Allendes* bei etwa 50 cent pro Pfund (Londoner Kupferbörse), während er 1970 noch 64,2 cent, 1966 sogar 69,5 cent betragen hatte. Trotz erhöhtem Export sanken Chiles Erlöse 1971 um etwa 20 Prozent, 1972 um etwa 11 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr; Angaben nach Banco Central de Chile.

⁵⁰⁾ Guido Serrano weist in seiner dem Autor erst nach Abschluß des Manuskripts bekanntgewordenen Studie „Financiamiento socialista y dependencia externa“ nach, daß Chile aus sozialistischen Ländern Kreditzusagen in Höhe von 386 Mio. US Dollar erhielt, von diesen und früheren Zusagen bis zum 28. 2. 1973 jedoch nur 93,3 Mio. in Gebrauch nahm. Demgegenüber vereinbarte die *Allende*-Regierung mit westlichen Ländern Kredithilfen über 253,6 Mio.; von diesen und früheren Zusagen verwandte sie 101,3 Mio.; s. dazu Panorama Económico, 276/(April)1973, S. 26—28.

7. Verluste an der Basis. Das Scheitern des „demokratischen Weges“

Sicherlich wird man feststellen müssen, daß die Konflikte und Spannungen, die der revolutionäre Prozeß erzeugte, das Klassenbewußtsein der unteren Schichten gestärkt haben. Der „demokratische Weg zum Sozialismus“ hat im Verlaufe dieses Prozesses zwei

empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen, von denen er sich nicht mehr erholen konnte. Zum einen förderte das vitalisierte Klassenbewußtsein zugleich mit der revolutionären Kampfkraft die Hinwendung zur Gewalt und zur gewaltsam-revolutionären Strategie der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Dadurch gelangte, wie wir bereits sahen, das Modell des friedlichen Übergangs

Tabelle 3: Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus (1969 und 1973) und zu den Gemeindevertretungen (1971)

| Parteien | Parlamentswahlen März 1969 | | | Gemeindewahlen April 1971 | | Parlamentswahlen März 1973 | | |
|---|-------------------------------|------|--------------|------------------------------|-------|-------------------------------|-------|--------------|
| | Stimmen absolut | in % | Man- date | Stimmen absolut | in % | Stimmen absolut | in % | Man- date |
| Christdemokraten | 716 547 | 31,0 | 56 | 729 398 | 26,1 | 1 043 815 | 29,2 | 50 |
| Nationaldemokraten | 44 818 | 2,0 | — | 13 487 | 0,5 | 12 776 | 0,4 | — |
| Nationale | 480 523 | 20,4 | 33 | 513 478 | 18,4 | 776 190 | 21,7 | 34 |
| Radikale Demokraten | — | — | — | 110 021 | 3,9 | 72 027 | 2,0 | 2 |
| Radikale Linke | — | — | — | — | — | 64 977 | 1,8 | 1 |
| Liste CODE ^{a)} | — | — | — | — | — | 31 764 | 0,9 | — |
| Opposition insges. | — | — | — | 1 366 384 | 48,9 | 2 001 549 | 56,0 | 87 |
| Sozialisten | 298 448 | 12,7 | 15 | 633 367 | 22,6 | 663 259 | 18,6 | 28 |
| Kommunisten | 383 049 | 16,7 | 22 | 477 862 | 17,1 | 578 695 | 16,2 | 24 |
| Radikale | 313 559 | 13,6 | 24 | 228 426 | 8,2 | 129 615 | 3,6 | 5 |
| MAPU | — | — | — | — | — | 93 965 | 2,6 | 2 |
| Christliche Linke | — | — | — | — | — | 37 767 | 1,1 | 2 |
| API | — | — | — | — | — | 27 108 | 0,7 | 2 |
| Sozialdemokraten | 20 560 | 1,0 | — | 38 054 | 1,4 | — | — | — |
| Liste PUP ^{b)} | — | — | — | — | — | 10 889 | 0,9 | — |
| Sozialistische Volkunion ^{c)} | 51 904 | 2,3 | — | 29 527 | 1,1 | 32 268 | 0,3 | — |
| Regierung insges. | — | — | — | 1 407 236 | 50,4 | 1 562 677 | 44,0 | 63 |
| Unabhängige | 2 104 | 0,1 | — | 14 121 | 0,5 | — | — | — |
| Insgesamt | 2 307 512 | 99,8 | 150 | 2 787 741 | 100,0 | 3 564 226 | 100,0 | 150 |

Anmerkungen: a) CODE = Confederación Democrática, der Zusammenschluß der Oppositionsparteien zur Volkseinheit bei den Wahlen von 1973. Das Wahlsystem ließ Stimmen für die einzelnen Kandidaten der Parteien (Präferenzstimmen) und Listenstimmen zu; b) PUP = Partido de la Unidad Popular, der Zusammenschluß der Parteien der Volkseinheit zum Zwecke einer besseren Ausnutzung des Wahlsystems; c) Die Sozialistische Volkunion gehörte formal nicht der Volkseinheit an; sie erklärte jedoch vor und nach den Wahlen von 1971 und 1973 die auf sie entfallenen Stimmen als für die Regierung abgegeben. Deshalb wurden ihre Stimmen bei der Gegenüberstellung der Blöcke Regierung und Opposition zur Volkseinheit hinzugezählt.

(Quellen: Dirección del Registro Electoral, hektographierte Statistiken; für 1973 vorläufig endgültige Ergebnisse des Innenministeriums, entnommen aus Ercilla, 1965/1973, S. 11)

nach demokratischen Spielregeln innerhalb der UP in die Minderheitsposition. Zum anderen verlor das Regierungsbündnis jene Randzonen ihres Wählerpotentials, die durch die klassenantagonistische Zuspitzung des Revolutionsprozesses sich vom politischen Bündnis mit dem Proletariat abwandten: die Mittelschicht und die Teile der unabhängigen und lohnabhängigen Arbeiterschaft, die sich aufgrund verschiedenster Faktoren zur Mittelschicht rechnen. Diese Tendenz verstärkte sich nach Offenbarwerden der ökonomischen Probleme und der Unfähigkeit der *Allende*-Regierung, ihrer Herr zu werden.

Den Höhepunkt ihres Wählerrückhalts verzeichnete die UP bei den Gemeinderatswahlen vom April 1971, wie Tabelle 3 zu entnehmen ist. Mit der Hälfte der Wählerstimmen wagte *Allende* trotzdem kein Referendum zur Veränderung des bestehenden Institutionensystems. Er befürchtete, es zu verlieren. Bei den nachfolgenden Nachwahlen zum Kongreß büßte die UP kontinuierlich an Stimmen ein⁵¹). Obwohl die Parlamentswahlen vom 4. März einen Achtungserfolg für *Allende* darstellten, da die Nationalen als Wahlziel der Opposition eine Zweidrittelmehrheit ausgegeben hatten⁵²), bestätigten sie endgültig, daß *Allende* bis zum Ende seiner Mandatszeit parlamentarisch in der Minderheit und gesetzgeberisch abgeblockt sein würde.

Ein vollständigeres Bild von den Einbußen der UP an der Basis vermitteln die verschiedenen Wahlergebnisse in den Gewerkschaften, Verbänden, Vertretungsgremien in der öffentlichen Verwaltung, Universitäten, Schulen. Überall verloren die UP-Parteien kontinuierlich an Stimmenanteilen. Besonders hervorzuheben sind die Rückschläge in der Arbeiter- und Studentenschaft. Die UP verlor fast sämtliche Studentenausschüsse der verschiedenen Universitäten an die Opposition; sogar die sogenannte „rote Universität“ und MIR-Hochburg Concepción mußte sie abgeben. Bei den zuletzt abgehaltenen Studentenwahlen von Mitte Juli an der Katholischen Universität Valparaiso erhielten die Listen der Opposition zusammen 72,4 Prozent, die der UP kam auf 27,6 Prozent⁵³). Die Christdemokraten er-

reichten fast 30 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zur Einheitsgewerkschaft CUT, was die Spaltung der Arbeiterschaft verdeutlicht. In verschiedenen Einzelgewerkschaften war der Niedergang der UP noch gravierender, etwa in der Kupfermine von Chuquicamata. Eine Umfrage in einem Arbeiterviertel von Santiago, Quinta Normal, von August 1973 ergab, daß nur 14 Prozent der Befragten unter einer Reihe von Politikern *Salvador Allende* als Präsidenten gegenüber den anderen, auf einer Liste genannten Politikern bevorzugten. 34 Prozent sprachen sich für *Eduardo Frei* aus, 9,5 für *Sergio Onofre Jarpa*, den Führer der Nationalen Partei, 6,5 für *Carlos Altamirano*, 4,5 für *Radomiro Tomic*, 1,5 für *Volodia Teitelboim* von der Kommunistischen Partei⁵⁴).

Eine demokratische Fortführung des sozialistischen Experiments im Sinne des Modells vom „chilenischen Weg“ war unter dem Druck und Terror von rechts und links nicht mehr möglich. Der anfängliche Spielraum der Christdemokraten für Übereinkünfte mit der UP existierte nicht mehr, da die politische Basis dieser Partei eine strikte Opposition forderte. Bewußt oder unbewußt wurde unter Beschwörung der Gefahr eines Bürgerkriegs, den es zu vermeiden gelte, auf die ultima ratio einer gewaltsamen Lösung gesetzt oder auf sie zugetrieben.

8. Die Hineinziehung des Militärs

Das chilenische Militär steht in dem Ruf einer professionellen, unpolitischen Truppe⁵⁵); es ist jedoch seit jeher ein politischer Faktor ersten Ranges gewesen. Die gewisse Tradition der Zurückhaltung und Neutralität gegenüber der Politik, die nur bei seltenen Gelegenheiten durchbrochen wurde, kontrastiert mit der Rolle der Streitkräfte als Hüter der Verfassung, ausgestattet mit einem erheblichen Sanktionspotential.

Für das sozialistische Experiment war die Haltung der Streitkräfte, deren Führungskader der Mittelschicht entstammen, von größter Bedeutung. Bei Überschreiten der Legalität drohte ihr Eingreifen, das auch durch unkontrollierbare Aktionen der Rechts- und Linksextremisten provoziert werden konnte.

⁵¹) S. dazu im einzelnen Dieter Nohlen, *Chile — Das sozialistische Experiment*, a. a. O., S. 242—258.

⁵²) Vorsichtiger in der Beurteilung der Möglichkeiten der Oppositionsparteien waren die Christdemokraten und vor allem ihr Spitzenkandidat *Eduardo Frei*, der stets vor den psychologischen Folgen gewarnt hatte, wenn die Opposition nicht das im Grunde unerreichbare Maximalziel einer Zweidrittelmehrheit im Kongress erfüllt; *Ercilla*, 1965/1973, S. 7 ff.

⁵³) *Ercilla* 1986/1973, S. 5.

⁵⁴) *Ercilla* 1988/1973, S. 18 f.

⁵⁵) Ihre Stärke wird mit 60 000 beziffert: Heer 38 000, Marine 15 000, Luftwaffe 8 000. Hinzu kommen etwa 24 000 Carabineros; Daten nach *Christian Zegers*, *Las fuerzas armadas*, in: *Visión crítica de Chile*, Santiago 1971, S. 331.

Allende strebte deshalb ein gutes Verhältnis zu den Streitkräften an. Er befriedigte ihre berechtigten Gehaltsforderungen, die von der *Frei*-Regierung sträflich vernachlässigt worden waren⁵⁶⁾, und ließ ihnen durch Aufrechterhaltung der US-Militärhilfe auch die notwendigen waffentechnischen Ausrüstungen zukommen. Er kümmerte sich intensiv um die mittleren Führungskader und um die Mannschaften und legte bei seinen offiziellen Auftritten größten Wert auf militärische Repräsentanz. Ohne sie in den politischen Revolutionierungsprozeß einfügen zu wollen, wies er ihnen neue Aufgaben in der Verteidigung der Grenzen und der ökonomischen Unabhängigkeit des Landes zu.

Ein neuer Abschnitt in den Beziehungen der Volkseinheit zu den Streitkräften begann mit dem Eintritt der Oberkommandierenden der drei Waffengattungen in die Regierung im Oktober 1972. Diese Maßnahme wurde *Allende* von der christdemokratischen Opposition abverlangt, die darin die einzige Garantie für freie Wahlen im März 1973 sah. Das Kalkül der Opposition bestand darin, den Militärs die Möglichkeit zu geben, aus der Regierung heraus der doppelten Strategie der Linksextremisten entgegenzutreten und den Revolutionsprozeß wieder in die Bahnen der von Christdemokraten und Nationalen mehrheitlich kontrollierten parlamentarischen Auseinandersetzung zurückzuführen.

Mit der Regierungsbeteiligung der Militärs wurde ihr Verhalten immer mehr Gegenstand der öffentlichen Diskussion und des Einwirkens der polarisierten gesellschaftlichen Gruppen auf und in die Streitkräfte. Das Militär selbst wurde Partei und immer stärker in die Tagespolitik hineingezogen. Dadurch entstand Unruhe im Offizierskorps, die durch den dilettantischen Putschversuch des Obersten Souper Ende Juni 1973 noch vermehrt wurde. Was von den Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit drang, ließ darauf schließen, daß eine weitere Beteiligung des Militärs an der Regierung ihre Einheit gefährden würde.

Als Indikator für die zunehmend negative Einstellung der Offiziere zur UP wurde ihre Ablehnung des Gesetzesprojekts zur Einführung der polytechnischen Einheitsschule (ENU) gewertet. Trotzdem stellten sich die Oberbefehlshaber noch einmal zur Bildung eines „Kabinetts der Nationalen Sicherheit“ im

August 1973 zur Verfügung, nachdem ein von der katholischen Kirche angeregter Dialog zwischen *Allende* und *Patricio Aylwin*, dem Präsidenten der Christdemokratie, ergebnislos abgebrochen worden war. Doch nach zwei Wochen Regierungsausübung trat der Verkehrsminister, General *César Ruiz Danyau*, zugleich Chef der Luftwaffe, zurück. Er hatte beim zweiten Streik der Fuhrunternehmer einen Kompromiß mit den Streikenden erzielt, der jedoch vom sozialistischen Staatssekretär *Jaime Faivovich* unterlaufen und auf Druck der Linksextremisten von *Allende* abgelehnt wurde. Indem *Allende* *Ruiz* zwang, auch sein militärisches Amt niederzulegen, verschlechterte sich das Verhältnis der Streitkräfte zur UP. *Ruiz* wurden Solidaritätskundgebungen der Offiziere zuteil. General *Carlos Prats*, von *Frei* ernannter Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Innen-, später Verteidigungsminister *Allendes*, wurde vorgeworfen, sich und damit die Streitkräfte zu sehr mit der UP-Politik zu identifizieren. Er verlor das Vertrauen im Offizierskorps und trat von Regierungsamt und Chefkommandantur zurück, „um die Einheit der Streitkräfte nicht zu gefährden ... und denen nicht als Vorwand zu dienen, die die Regierung stürzen wollen“⁵⁷⁾. Die Gefährdung der Einheit der Streitkräfte durch die politische Involvierung der „unpolitischen Macht“ unter *Allende* ist ein wesentlicher Faktor, der mit zum Verfassungsbruch der Militärs führte. Entscheidend ist aber wohl, daß sich den Militärs wie dem nüchternen Beobachter der chilenischen Szene keine Perspektive mehr bot, in welcher der politische Konflikt noch ohne gewaltsame Auseinandersetzung hätte gelöst werden können.

9. Resumée

Vielfältige Gründe führten dazu, daß *Allende* scheiterte. Entscheidend waren die internen Faktoren. *Allende* beging ganz zu Anfang seiner Regierungszeit fundamentale Fehler in der Führung des Revolutionsprozesses. Die teils von ihm selbst getroffene, teils ihm von seiner Anhängerschaft oktroyierte politische Strategie wurde der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Landes nicht gerecht. Die Folgen einer nicht entschieden am demokratischen Modell festhaltenden Politik, zumal die leichtfertig in Kauf genommenen Konsequenzen einer auf die rasche Entscheidung der politischen Machtfrage ausgerichteten Wirtschaftspolitik, waren vollkommen dysfunktional zum

⁵⁶⁾ Deshalb war es im Oktober 1969 zur Meuterei des Regiments Tacna gekommen, die keine weiteren politischen Implikationen hatte.

⁵⁷⁾ Zit. nach *Ercilla*, 1989/1973, S. 9.

„chilenischen Weg“, der aufgrund seiner stetig abnehmenden Realisierungschancen innerhalb der UP bald nur noch die Minderheit für sich hatte. *Allende* und auch die Kommunisten wurden zu Gefangenen dieser Entwicklung. Nach den Märzahlen von 1973 mußten sie die Politik der „Cordones Industriales“, die Bewaffnung der Arbeiterschaft, akzeptieren. Realiter verlor der „demokratische Weg zum Sozialismus“ innerhalb der UP damit seine Basis; nur durch ein Bündnis mit Gruppen außerhalb der Volkseinheit, mit den Christdemokraten oder mit den Militärs, hätte *Allende* das sozialistische Experiment noch aufrechterhalten können. Doch die Kompromiß-

möglichkeiten waren erschöpft. So siegte die extreme Linke ideologisch und politisch-strategisch. Für den Sozialismus, für *Allende*, war dies allerdings ein Pyrrhus-Sieg, denn nun bewahrheitete sich, was die führende ökonomische Monatszeitschrift *Panorama Económico* vom ersten Tag des sozialistischen Experiments nicht zu betonen nachließ: „Der chilenische Weg zum Sozialismus ist demokratisch oder es gibt ihn nicht“⁵⁸). Das chilenische Experiment wurde nicht entsprechend seinen Prämissen ausgeführt. Sein Scheitern bedeutet deshalb nicht, daß das Modell, legal und demokratisch den Sozialismus aufzubauen, gescheitert sei.

V. Der Militärputsch vom 11. September 1973

Am 11. September putschten die Streitkräfte in einer gemeinsamen Aktion aller Waffengattungen und der Carabineros unter Führung des Oberkommandierenden der Streitkräfte und Chefs der Armee, General *Augusto Pinochet Ugarte*, des Chefs der Marine, Admiral *José T. Merino Castro*, des Chefs der Luftwaffe, General *Gustavo Leigh Guzman*, und des Chefs der Polizei, General *César Mendoza Durán*. Es entbehrt nicht der Tragik, daß *Allende* erst zwei Wochen vor seinem gewaltsamen Tod die Generale *Pinochet* und *Leigh* zu Oberbefehlshabern ernannt hatte.

Nach den bislang vorliegenden Berichten ging das Militär mit äußerster Härte vor. Widerstand wurde vor allem vom harten Kern des „poder popular“, vom MIR, vom GAP (der persönlichen Schutztruppe des Präsidenten) und von der FTR (Frente de Trabajadores Revolucionarios) geleistet. Er blieb allerdings fast ausschließlich auf Santiago beschränkt. Aber auch in den Provinzen setzten Verfolgung und Internierung von Mitarbeitern und Anhängern des gestürzten Präsidenten ein; auch dort kam es zu standrechtlichen Erschießungen. Auf die Ergreifung der teilweise untergetauchten Führer der marxistischen Linken wurden Kopfprämien ausgesetzt. *Luis Corvalán* droht ein Prozeß. Diese und andere Maßnahmen lassen befürchten, daß wesentliche Elemente der chilenischen politischen Kultur, die unter der marxistischen Regierung intakt geblieben waren, nun zerstört werden. Im Unterschied zum skrupellosen Verhalten der Militärs hielten die Marxisten in der Regierung seinerzeit die bürgerlichen Freiheiten aufrecht: Presse- und Organisationsfreiheit blieben gewährleistet, es gab keine politischen

Gefangenen, und die Regierung schränkte die Bewegungsfreiheit selbst der faschistischen Organisation „Patria y Libertad“ nicht ein.

Wie der Wahlsieg *Allendes* vom September 1970, an den so viele Hoffnungen geknüpft wurden, ist auch der Putsch für Chile und Lateinamerika ein einschneidendes Ereignis. Inwieweit es einen Wendepunkt markiert in der Strategie der revolutionären Gruppen des Subkontinents, bleibt vorläufig dahingestellt. Welche gesellschaftspolitischen Konzeptionen die chilenischen Militärs vertreten, ist gegenwärtig ebenfalls ungewiß. Vergleiche mit Brasilien oder Peru scheinen verfrüht, wenn nicht sogar fragwürdig. Die bisherigen Oppositionsparteien — und auch die katholische Kirche des Landes — haben das Eingreifen des Militärs im nachhinein gebilligt. Inwieweit sie sich die Rechtfertigung des Putsches von seiten der Militärs zu eigen machen, bleibt abzuwarten. Die Militärs heben hervor, daß Chile nach drei Jahren *Allende*-Regierung nur zwischen einem Bürgerkrieg, einem *autopolpe* (Putsch von oben) der UP-Regierung und einem Militärputsch zu wählen hatte, wie er dann stattfand.

Die neuen Machthaber untersagten bis auf weiteres alle Aktivitäten der politischen Parteien und stellten die marxistischen Parteien außerhalb des Gesetzes⁵⁹). Das letztere bezieht sich auf die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und beide Flügel der

⁵⁸) Etwa *Panorama Económico*, 262 (Juli)/1971, 265 (Dezember)/1971.

⁵⁹) Die folgenden Informationen gehen größtenteils zurück auf Klaus Schäffler, z. Zt. Santiago, im Schreiben an den Verfasser vom 30. 9. 1973.

MAPU⁶⁰). Hieraus läßt sich ebenso wie aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba und zu anderen sozialistischen Ländern ein strikt anti-marxistischer Kurs der neuen Regierung ableiten. Die Militärs meiden aber auch die Zusammenarbeit mit den bisherigen Oppositionsparteien, wollen und können indes nicht auf die Technokraten der Nationalen und Christdemokraten verzichten. Beide Parteien haben ihren Mitgliedern die Kollaboration freigestellt — die Nationalen unverzüglich, öffentlich und lautstark, die Christdemokraten mehr oder weniger verschämt.

In den wirtschaftlichen Beratungsgremien der Regierung scheinen die Christdemokraten stark vertreten. In die Zentralbank wurde praktisch die Frei-Administration wieder eingesetzt. Im Ad-hoc-Beraterstab der Regierung, dem 30 Ökonomen angehören, befinden sich Politiker wie *Sergio Molina*⁶¹), *Alejandro Foxley* und *Ricardo Ffrench-Davis*⁶²), zusammen mit einigen aus dem Ausland zurückgeholten Ökonomen. Ziel der Regierung ist es, die Wirtschaft möglichst rasch wieder in den Griff zu bekommen. Für Oktober wird ein kurzfristiger Wirtschaftsplan erwartet.

⁶⁰) Nach den Märzahlen von 1973 spaltete sich der MAPU in einen *Garretón*-Flügel und einen *Gazmuri*-Flügel. Die Gruppe um den ehemaligen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium *Garretón* nahm die Alternativstrategie des MIR an, während sich der *Gazmuri*-Flügel mehr an der Kommunistischen Partei orientierte.

⁶¹) *Sergio Molina* war von 1964 bis 1968 Finanzminister der *Frei*-Regierung, von 1968 bis 1970 Vizepräsident der CORFO. Von ihm stammt die erste umfassende Untersuchung der Frei-Administration: *El proceso de cambio en Chile. La experiencia 1965—1970*, Santiago 1972.

⁶²) *Ricardo Ffrench-Davis* war der führende Ökonom in dem politischen Gremium, das das Programm des Kandidaten der linken Christdemokratie, *Radomiro Tomic*, bei den Wahlen von 1970 ausarbeitete. Er hat jüngst die für die neuere Wirtschaftsgeschichte Chiles bedeutende Untersuchung: *Políticas económicas en Chile 1952—1970*, a. a. O., vorgelegt.

Eine wichtige Rolle spielen auch die führenden Leute der sog. *gremialistas*, Unternehmerverbände. *Orlando Saenz* von der *Sociedad de Fomento Fabril*, einer der heftigsten Kritiker der Wirtschaftspolitik *Allendes*, ist wirtschaftspolitischer Berater im Außenministerium.

Es ist nicht zu befürchten, daß die grundlegenden Strukturreformen im ökonomischen Bereich wieder rückgängig gemacht werden. Die Agrarreform soll weitergeführt und 40 ha gesetzlich garantiert werden (bisher 80). Das Kupfer bleibt chilenisch. Hinsichtlich der Entschädigung will man jedoch mit den nordamerikanischen Gesellschaften reden, um wohl auch eine technische Beratung durch die USA wiederaufzunehmen. Die „rechtmäßig verstaatlichten“ Unternehmen werden nicht reprivatisiert. Die staatlichen Interventoren wurden durch sog. *delegados* (meist die ehemalige Geschäftsführung) ersetzt. Allmählich will man wieder zu Marktpreisen (außer im Nahrungsmittelsektor) zurückkehren, um den Staatshaushalt von den Defiziten der verstaatlichten Unternehmen zu entlasten. An der Dreiteilung der Wirtschaft in einen verstaatlichten, gemischten und privaten Sektor soll festgehalten werden. Die CORFO soll jedoch nicht mehr ein staatliches Mammutunternehmen sein, sondern ihre ursprüngliche Aufgaben als staatliche Entwicklungsbehörde und -bank wahrnehmen. Auslandsinvestitionen sollen gemäß den Richtlinien des Cartagena-Abkommens über den Anden-Pakt gefördert werden. Geplant ist eine Verfassungsreform und eine Reform der Gemeinden (*municipios*).

Wie schwierig auch die Wirtschaftslage Chiles ist, so scheinen erste Anzeichen auf eine Wende zu deuten. Der Dollar sank auf dem freien (schwarzen) Markt von 2 800 Escudos auf 1 200 Escudos. Man muß dies als Symptom wiedererwachender Investitionsneigung werten. Politisch aber scheint die gegenwärtige Situation und die Zukunft Chiles nach der Machtübernahme durch die Militärs kaum weniger verworren als in der Endphase der *Allende*-Regierung.

Der innenpolitische Hintergrund für die neue Außenpolitik der Sowjetunion

Es kann heute kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjet-Führung zu einer flexibleren und gemäßigteren Außenpolitik, vor allem in ihrer Beziehung zu den Westmächten, übergegangen ist. Schon wird von einer „Öffnung nach dem Westen“ gesprochen. Der Kurswechsel in der sowjetischen Außenpolitik, der offensichtlich im Frühjahr 1969 eingeleitet wurde, fand seinen Ausdruck u. a. im deutsch-sowjetischen Vertrag vom August 1970, im Berlin-Abkommen 1971, im Besuch Präsident Nixons in Moskau und in den dort abgeschlossenen sowjetisch-amerikanischen Verträgen (Mai 1972) und schließlich, besonders deutlich, in den jüngsten Reisen des Generalsekretär Bresnchjews sowohl in die Bundesrepublik als auch in die USA. Die abgeschlossenen Übereinkommen machen deutlich, daß es sich offensichtlich um eine Kursschwenkung für eine längere Periode handelt. Auch der weitaus gemäßigtere Ton in sowjetischen Publikationen gegenüber dem Westen ist zu deutlich, als daß er ignoriert werden könnte.

Eine Beurteilung oder gar Analyse der neuen Phase in der sowjetischen Außenpolitik

Die gescheiterte Entstalinisierung

Die innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion wird seit Stalins Tod durch einen *entscheidenden Widerspruch* bestimmt: Das von Stalin übernommene bürokratisch-diktatorische System erweist sich immer deutlicher als Hemmschuh für die weitere sowjetische Entwicklung. Der tiefe Widerspruch zwischen dem veralteten Herrschaftssystem und den neuen Bedingungen, Erfordernissen und Aufgaben der entstehenden modernen sowjetischen Industriegesellschaft ist nicht mehr zu übersehen. Die Notwendigkeit von weitreichenden Reformen im Sinne einer Liberalisierung und Demokratisierung, der Auflockerung überlebter Herrschaftsstrukturen, um das System den neuen Aufgaben einer modernen Gesellschaft anzupassen, wird (zumindest

scheint jedoch kaum möglich zu sein, ohne den innenpolitischen Hintergrund der Sowjetunion zu berücksichtigen. Auf den ersten Blick wird dabei ein seltsames Phänomen sichtbar, das wie ein Paradox anmutet: die seit 1969 einsetzende flexiblere und gemäßigtere sowjetische Außenpolitik hat sich im innenpolitischen Bereich nicht widerspiegelt. Der härtere innenpolitische Kurs der UdSSR, der seit Chruschtschows Sturz alle entscheidenden Lebensbereiche der Sowjetgesellschaft erfaßt hat, ist in den letzten Jahren sogar verschärft worden. Die gleichzeitige flexiblere und gemäßigtere Außenpolitik gegenüber dem Westen auf der einen und der harte Kurs in der sowjetischen Innenpolitik auf der anderen Seite sind zum entscheidenden Merkmal der gegenwärtigen Sowjetunion geworden. Es erscheint daher notwendig und berechtigt, in einigen Zügen die innere Entwicklung seit Chruschtschows Sturz und den gegenwärtigen innenpolitischen Zustand der UdSSR zu charakterisieren, um davon ausgehend die möglichen Ursachen und Zielsetzungen aufzuzeigen, die die Sowjet-Führung zu ihrer gemäßigteren Politik gegenüber dem Westen bewogen haben.

teilweise) selbst von einigen Kräften in der führenden Schicht erkannt. Es gilt, den Wirtschaftsmanagern, Ingenieuren und Wissenschaftlern größere Betätigungsfreiheit zu gewähren, Wirtschaft und Wissenschaft von den Fesseln bürokratischer, parteilicher und ideologischer Vormundschaft zu befreien, den Übergang zu moderneren, rationelleren, elastischeren und liberaleren Herrschaftsformen zu finden. Dies bedeutet nicht nur eine Überwindung der verbleibenden terroristischen Komponenten des Systems, sondern auch eine Abkehr von dem allumfassenden Eingriffsrecht des Parteiapparates. Terror muß durch Rechtsstaatlichkeit ersetzt, Dekrete von oben müssen durch Mitwirkung und Initiativen der Gesellschaft von unten ergänzt werden.

Alle Versuche, solche Reformen zu verwirklichen, stießen (und stoßen) jedoch auf den hartnäckigen Widerstand bürokratisch-autoritärer Kräfte (vor allem im Parteiapparat und im Staatssicherheitsdienst), die sich an ihre Machtpositionen und Privilegien klammern, und deren einziges politisches Ziel ist, soviel Stalinismus wie möglich zu erhalten und sich allen, auch noch so bescheidenen Reformen hartnäckig zu widersetzen.

Der Widerspruch zwischen der notwendigen Reform auf der einen und den Machtinteressen bürokratischer Apparate auf der anderen Seite wurde besonders in der elfjährigen *Periode der Entstalinisierung* (1953—1964) deutlich. Wenn wir hier von den damaligen machtpolitischen Auseinandersetzungen und der Außenpolitik absehen und uns auf die innenpolitische Grundfrage beschränken, so läßt sich nicht bestreiten: in diesen elf Jahren wurde zumindest der Versuch unternommen, durch eine Reihe von „Reformen von oben“ das System zu modernisieren und den neuen Aufgaben der entstehenden sowjetischen Industriegesellschaft anzupassen.

Die als „Transformation von oben“ konzipierte Entstalinisierung Chruschtschows endete jedoch mit einem Fehlschlag. Ein wichtiger Grund dafür waren der Führungsstil und die Methoden, mit denen Chruschtschow die Entstalinisierung durchsetzen wollte. Chru-

schtschows Experimentiersucht, seine hektischen, oft schlecht vorbereiteten Reorganisationsmaßnahmen, seine ständig neuen „Kampagnen“, seine überoptimistischen, manchmal ans Utopische grenzenden Aufgabenstellungen, seine überstürzten, oft ohne Vereinbarung mit anderen Mitgliedern des Parteipräsidiums (seit 1966: Politbüro) verkündeten Maßnahmen führten nicht selten zu einem heillosen Durcheinander und brachten selbst solche Kräfte gegen Chruschtschow auf, die im Prinzip seine Entstalinisierung billigten und auf die er sich unter anderen Umständen hätte stützen können.

Nicht weniger wichtig war ein zweiter Grund: Die durch „begrenzte Reformen von oben“ durchgeführte Entstalinisierung war zu widerspruchsvoll und vor allen Dingen in zu engen Grenzen gehalten, um zu einem Erfolg zu führen. Für die Lösung der dringenden Aufgaben des Sowjetsystems, für die Weckung neuer progressiver Kräfte der Gesellschaft reichten die begrenzten Reformen nicht aus; den autoritär-stalinistischen Kräften (vor allem im Parteiapparat, im Staatssicherheitsdienst und teilweise in der Armeeführung) gingen sie jedoch bereits viel zu weit. Es waren diese Kräfte, die auf eine Beendigung der Entstalinisierung, auf einen härteren Kurs und auf eine Anknüpfung an die Stalin-Tradition drängten und beim Sturz Chruschtschows die entscheidende Rolle spielten.

Der Kurswechsel nach Chruschtschows Sturz

Die erste — relativ weniger wichtige — Veränderung nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 betraf die Führungsmethoden. Chruschtschows hektische Reorganisationsmanie und seine utopischen Zielsetzungen wurden sofort verurteilt. Die neue Führung, damals noch unter dem gleichberechtigten Duvumvirat Breshnjew-Kossygin, versprach, in Zukunft die Mängel nüchtern zu analysieren und die Anstrengungen auf jene Aufgaben zu konzentrieren, die in nächster Zukunft zu lösen seien.

Chruschtschows utopische Vorstellungen, darunter sein Versprechen, bereits in nächster Zeit die USA in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen und bis 1980 in das Endstadium der kommunistischen Gesellschaft einzutreten, traten in den Hintergrund. Die Abkehr von den Zukunftsvorstellungen Chruschtschows war ein deutliches Zeichen dafür, daß die gegenwärtige Führung nicht mehr der Meinung war (und ist), dieses Ziel bald zu erreichen.

Der seit Chruschtschows Sturz eingeführte sachlichere, realistischere und gegenwartsbezogenere Führungsstil ist seitdem unverändert geblieben und für die gesamte Nach-Chruschtschow-Periode typisch. Anstelle des spontanen, vorschnellen und temperamentvollen Volkstribunen Chruschtschow waren nüchterne, bürokratische Machtpolitiker getreten. Nicht überoptimistische, utopische Zukunftsvisionen stehen im Vordergrund, sondern reale Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart.

Viel problematischer und wichtiger erwies sich dagegen die Frage über die politische Richtung, die nun, nach Chruschtschows Sturz, einzuschlagen sei. In den ersten Monaten, etwa von Oktober 1964 bis Frühjahr 1965, vollzog sich ein Tauziehen zwischen jenen, die einen Übergang zu einem härteren Kurs und eine Anknüpfung an die Stalin-Tradition erstrebten, und anderen Kräften (vorwiegend im Staats-, Wirtschafts- und einem Teil des modernen Flügels des Parteiapparats), die ge-

neigt waren, die Entstalinisierungsreformen fortzusetzen — allerdings in einer ruhigeren, sachlicheren Form (etwa nach der Losung „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“). Tatsächlich ging in den ersten Monaten nach Chruschtschows Sturz die Entstalinisierung zunächst weiter, wenn auch weniger forciert und in einer ruhigeren Form. Diese Entwicklung wurde jedoch im Frühjahr 1965 überraschend gestoppt und der Übergang zu einem härteren Kurs eingeleitet.

Die Kritik an Stalin wurde zunächst eingeschränkt und bald darauf fast völlig eingestellt. Im April 1965 erschienen erstmals Me-

moiren sowjetischer Heerführer, in denen Stalin positiv dargestellt wurde, und zur Siegesfeier im Mai 1965 wurde Stalin auch von Breshnjew erstmals wieder in einem positiven Zusammenhang erwähnt. Im Sommer 1965 begann eine Kampagne zur Erhöhung des Rüstungsbudgets und im Herbst des gleichen Jahres erfolgten die ersten Verhaftungen liberaler Intellektueller sowohl in der Ukraine als auch in Moskau. Haftentlassungen und Rehabilitierungen wurden eingestellt. Vor allem der Prozeß gegen die Schriftsteller Sinjowski und Daniel im Februar 1966 (beide Schriftsteller wurden zu hohen Strafen verurteilt) erinnerte bereits bedenklich an die Stalin-Ära.

Der Härtekurs in der sowjetischen Innenpolitik

Mit dem innenpolitischen Kurswechsel im Frühjahr 1965 waren die Weichen gestellt worden: Schritt um Schritt wurden die Entstalinisierungsreformen rückgängig gemacht und ein härterer Kurs in allen entscheidenden Lebensbereichen der Sowjetgesellschaft eingeleitet.

Die wichtigsten innenpolitischen Veränderungen seit Frühjahr 1965 bis heute lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Der *Staatssicherheitsdienst*, während der Entstalinisierung in seiner Machtstellung beschnitten und auch oft kritisiert, wurde wieder aufgewertet und erhielt neue Vollmachten. Die Zahl der Prozesse und Verhaftungen, darunter auch von Personen, die oft nur milde Kritik an der gegenwärtigen Politik äußerten, hat seit Chruschtschows Sturz beträchtlich zugenommen. Die Ergänzung zum Paragraphen 190 (September 1966), wonach jegliche Verunglimpfung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung in Wort und Schrift mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren geahndet wird, hat die Verfolgung von Kritikern erleichtert. Besonders bedenklich ist die zunehmende Zahl jener Oppositionellen, die in psychiatrische Kliniken, im Volksmund „Psychuschki“ genannt, eingewiesen werden. Das zentrale sowjetische Innenministerium (unter Chruschtschow im Jahre 1960 aufgelöst) wurde im Sommer 1966 wieder als „Ministerium für öffentliche Ordnung“ hergestellt und heißt seit 1968 wieder „Ministerium für innere Angelegenheiten“ („MWD“) — genauso wie einst unter Stalin. Mit der Einbeziehung von Jurij Andropow in das Politbüro (Ende April 1973) gehört zum erstenmal wieder seit Berijas Sturz der Chef des sowjetischen Staatssi-

cherheitsdienstes dem obersten Führungszentrum an.

2. Das „Tauwetter“ in der *Kulturpolitik* ist durch einen harten Kurs ersetzt worden. Die Zensur hat wieder fast Stalinsche Ausmaße erreicht. Bücher, die unter Chruschtschow (teilweise sogar mit seiner ausdrücklichen Billigung) legal erschienen, sind aus dem Verkehr gezogen, und die Autoren wurden nachträglich ihretwegen scharf kritisiert. Öffentliche Prozesse gegen Schriftsteller — wie gegen Sinjowski und Daniel im Februar 1966, gegen Ginsburg, Galanskow, Dobrowolskij und Laschkowa im Januar 1968 — und harte Strafen gegen angeklagte Dichter unterstrichen diese Tendenz ebenso wie die öffentliche Hetzkampagne gegen den bedeutenden Schriftsteller Alexander Solschenyzin. Durch die Säuberung der Redaktion der literarischen Zeitschrift „Novy Mir“, die während der Entstalinisierung bedeutsame literarische Werke publiziert hatte, waren die begabtesten sowjetischen Schriftsteller zum Schweigen verurteilt worden. Die Erklärung Breshnjews auf dem 24. Parteitag (30. März bis 9. April 1971), die Entwicklung der Kultur, Literatur und Kunst vollziehe sich in einem Bereich, wo der „ideologische Kampf mit besonderer Schärfe geführt wird“, und daher würden „keine Versuche geduldet, unsere ideologische Waffe stumpf zu machen“, zeugen davon, daß der harte kulturpolitische Kurs fortgesetzt werden soll.

3. Im Rahmen der *Partei* ist das von Chruschtschow im Oktober 1961 eingeführte Rotationssystem wieder abgeschafft worden. Das Parteipräsidium wurde in „Politbüro“ umbenannt, und Breshnjew erhielt den Titel „Generalsekretär“ — ein Titel, den vorher

nur Stalin hatte. Chruschtschows Konzeption von der „Partei des ganzen Volkes“ und der Öffnung der Partei (in den letzten Jahren der Chruschtschow-Ära wurden durchschnittlich 760 000 Menschen pro Jahr in die Partei aufgenommen) wurde öffentlich gerügt. Die Partei, so erklärte Breschnjew auf dem 24. Parteitag, dürfe „keine versöhnliche Haltung gegenüber denjenigen dulden, die sich falsch verhalten“, und es komme nunmehr darauf an, „sich entschlossener von denjenigen zu trennen, die die Partei- und Staatsdisziplin verletzen“. Die Schranken zwischen der Partei und der übrigen Bevölkerung sind durch eine erschwerte Aufnahme verstärkt worden, innerhalb der Partei ist die zentralistische Struktur deutlicher zutage getreten.

4. Die unter Chruschtschow begonnene *Wirtschaftsreform* ist bedeutend verwässert und abgeschwächt worden. Die während der Entstalinisierung aufgelösten zentralen wirtschaftlichen Fachministerien wurden wieder hergestellt; die Wirtschaftsreform im September 1965 verkündete die abgeschwächte Synthese zwischen zentraler Planung und Leitung auf der einen und der Autonomie der Unternehmen auf der anderen Seite. Gewiß wurden im organisatorischen Bereich manche überflüssige Detailanweisungen verringert, aber anstelle der ursprünglich vorgesehenen weitreichenden Reform geht es nun darum, den zentralen Planungsapparat lediglich technisch zu vervollkommen — ein Vorhaben, das in manchen sowjetischen Wirtschaftskreisen ironisch als „Stalinismus mit Computern“ bezeichnet wird. Auch bei der im Frühjahr 1973 beschlossenen Bildung der „Produktionsvereinigungen“ handelte es sich mehr um Korrekturen des Systems als um die ursprünglich vorgesehene Wirtschaftsreform.

5. Der *Einfluß der Armee und des Offizierskorps* auf das öffentliche Leben hat sich seit dem Sturz Chruschtschows beträchtlich verstärkt. Dies kommt vor allem in der „militärisch-patriotischen Erziehung“ deutlich zum Ausdruck. Sowjetische Geschichts- und Literaturbücher der Schulen und Hochschulen wurden mit der Zielsetzung umgeschrieben, militär-patriotische Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund zu rücken. Regelmäßige Pflichtbesuche von Schülern zu den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges (in der Sowjetunion „Großer Vaterländischer Krieg“ genannt) unterstreichen diese Tendenz. Auch auf dem 24. Parteitag wurde die Pflege der militär-patriotischen Tradition deutlicher betont als je zuvor.

6. Eng damit verbunden ist die stärkere Hinwendung zum *russischen Nationalismus*. Die

Angehörigen der nichtrussischen Unionsrepubliken werden immer wieder aufgerufen, außer ihrer Muttersprache auch freiwillig Russisch zu lernen, während umgekehrt Sowjetfunktionäre russischer Nationalität, die dort wirken, es ablehnen, die Sprache der Gastrepubliken zu erlernen. Absolventen von Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache wurden und werden eindeutig bevorzugt. Die bewußte planmäßige und oft politisch motivierte Umsiedlung von Russen in nichtrussische Gebiete und Unionsrepubliken vervollständigt das Bild. Zwischen den Volkszählungen von 1959 und 1970 übersiedelten mehr als 1,5 Millionen Russen nach Mittelasien, mehr als 1 Million in die Ukraine und mehr als 1/4 Million in die baltischen Republiken. In der sowjetischen Entwicklung habe „vor allem das große russische Volk eine entscheidende Rolle gespielt“, erklärte Breschnjew auf dem 24. Parteitag. Die besonderen Eigenschaften der Russen — Breschnjew nannte die revolutionäre Energie, die Selbstlosigkeit, den Fleiß und den tiefen Internationalismus — hätten dem russischen Volk „zu Recht den tiefen Respekt aller Völker unseres sozialistischen Vaterlandes gewonnen“. Damit wurde erstmals seit Stalins Trinkspruch vom Mai 1945 das russische Volk über die anderen Nationalitäten der UdSSR gestellt — ein Zeichen dafür, daß man auch in den nächsten Jahren mit einer verstärkten Russifizierung zu rechnen haben wird.

7. Alle diese innenpolitischen Veränderungen spiegeln sich auch in der *Ideologie* wider. Die ideologischen Doktrinen Chruschtschows zur Vorbereitung und Rechtfertigung der Entstalinisierung sind in den Hintergrund gedrängt worden — darunter die „sozialistische Gesetzlichkeit“, der „Staat des ganzen Volkes“, die „Partei des ganzen Volkes“ und vor allem die „Überwindung des Personenkults“. An die Stelle einer selbstkritischen Betrachtung der Stalin-Ära und des Stalin-Terrors ist eine positive Betrachtung der Stalinschen Vergangenheit getreten, wobei Stalin als großer Heerführer gepriesen wird. Dies wurde vor allem in den ideologischen Dokumenten des Zentralkomitees zu den Jubiläen deutlich, die in den letzten Jahren mit größerem Prunk begangen werden als je zuvor. In den Resolutionen des Zentralkomitees zum 50-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution (November 1967), zu der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Lenin (April 1970) und zum 50-jährigen Jubiläum der Gründung der UdSSR (Dezember 1972) fiel es auf, daß der Stalin-Terror entweder überhaupt nicht oder in völlig abgeschwächter Form in

Nebensätzen erwähnt wurde. In der Regel wird heute Stalin stets in einem positiven Zusammenhang genannt; die 90. Wiederkehr seines Geburtstages (21. Dezember 1969) wurde in einem Gedenkartikel gewürdigt; im Juni 1970 wurde an der Kreml-Mauer ein Gedenkstein zu Ehren Stalins angebracht.

Die *Aufwertung Stalins* ist keineswegs nur von historischem Interesse, sondern auch von aktueller politischer Bedeutung. Längst ist in der UdSSR die Stellung zu Stalin und zur Stalin-

Herrschaft zu einem wichtigen Kriterium für die gegenwärtige und zukünftige Politik der Sowjetunion geworden. Genauso wie die Verurteilung des Stalin-Terrors der entscheidende Ausgangspunkt für die Begründung, Vorbereitung und Rechtfertigung der Entstalinisierung war, so bedeutet die zunehmend positive Bewertung des früheren Sowjet-Diktators die ideologische Rechtfertigung für den inzwischen eingetretenen härteren autoritären Kurs in der sowjetischen Innenpolitik.

Die Ursachen für Moskaus gemäßigtere Westpolitik

Auf dem Boden dieser innenpolitischen Entwicklung vollzog sich etwa seit Frühjahr 1969 der Übergang zu einer flexibleren und gemäßigeren sowjetischen Außenpolitik, mit der offensichtlichen Zielsetzung, die Beziehungen zu den industrialisierten Ländern der westlichen Welt zu verbessern.

Der erste und wohl entscheidende Grund für diesen außenpolitischen Kurswechsel war das *Zurückbleiben der sowjetischen Wirtschaft*. Seit Frühjahr 1969 begann die Sowjet-Führung immer deutlicher zu erkennen, daß ihr wichtigstes Ziel, die Produktion der USA pro Kopf der Bevölkerung in relativ kurzer Zeit einzuholen und zu überholen, nicht zu verwirklichen war.

Damit bestand (und besteht) für die Sowjet-Führung die große Gefahr, daß die UdSSR während der jetzt vor sich gehenden wissenschaftlich-technischen Revolution zurückfällt. Völlig logisch — vom Standpunkt der Sowjet-Führung aus — beschloß die Kreml-Führung daher, eine weitreichende und langfristige wissenschaftlich-technische Kooperation mit den hochentwickelten Industriestaaten (in erster Linie Deutschland, Japan, USA) einzuleiten. Um die gewünschte langfristige und störungsfreie Kooperation zu ermöglichen, galt es von seiten der sowjetischen Führung aus, die Voraussetzungen dafür herzustellen. Dies konnte aber nur durch eine maßvollere Politik erreicht werden, um dadurch die Verhandlungen mit den wichtigsten Industriestaaten zu ermöglichen und die langfristige wissenschaftlich-technologische Kooperation durch völkerrechtliche Verträge zu festigen und zu zementieren.

Dieser Trend verstärkte sich, als sich Ende 1970 herausstellte, daß auch der neue, von der Breshnjew-Kossygin-Führung Anfang 1966 verkündete, vorsichtigere und realistischere Fünfjahresplan (1966—1970) in den

wichtigsten Industriezweigen nicht erfüllt worden war. Zu dieser Zeit dürfte in der Sowjet-Führung der Gedanke aufgetaucht sein, die gewaltigen Rohstoffvorkommen, vor allem in Sibirien, mit Hilfe westlicher Industriekapazität ausbeuten zu lassen — ein Vorhaben, das, wenn es etwa die tschechoslowakischen Politiker des Prager Frühlings versucht hätten, ihnen als schlimmstes Verbrechen und als Verrat vorgeworfen worden wäre.

Ein zweiter entscheidender Grund für die maßvollere Politik gegenüber dem Westen ist der sowjetische *Konflikt mit China*. Die Hoffnungen der Sowjet-Führung in den Jahren 1966—1968, die chinesische Volksrepublik würde durch die Kulturrevolution an den Rand des Chaos gebracht oder zumindest sehr geschwächt werden, erfüllten sich nicht. Bei den harten Grenzzwischenfällen zwischen der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik am Ussuri-Fluß im Frühjahr 1969 mußte die Sowjet-Führung erkennen, daß die Volksrepublik China durchaus in der Lage ist, auch militärisch ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen.

Seit 1969 gelang es der chinesischen Volksrepublik, neben der innenpolitischen Normalisierung sich wirtschaftlich und militärisch zu stärken und vor allem auch im internationalen Bereich große Erfolge zu erzielen: Im November 1971 erfolgte die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen und in den Sicherheitsrat, im Februar 1972 die Reise des US-Präsidenten Nixon nach Peking — ein Ereignis, das in der Sowjetunion beträchtliche Nervosität hervorrief. Die chinesischen Kommunisten setzten ihren eigenständigen und selbständigen Kurs fort und machten keinerlei Konzessionen an die Sowjetunion.

Alle Versuche der sowjetischen Führung, eine Aussöhnung oder zumindest eine Norma-

lisierung mit der Pekinger Führung zu erreichen, schlugen fehl. Damit bestand für die Führung der UdSSR die Gefahr eines politischen Zweifrontenkampfes. Um so verständlicher war (und ist) das Bestreben der Kreml-Führung, durch eine maßvollere Politik gegenüber dem Westen und weitreichenden Vereinbarungen dieser Gefahr auszuweichen.

Gleichzeitig sieht die Sowjet-Führung im Rahmen der neuen Außenpolitik die Chance, ihren Einfluß allmählich und schrittweise in Europa stärker zum Ausdruck zu bringen. An die Stelle der Chruschtschowschen Drohungen und Ultimaten trat eine auf einer realistischen Einschätzung begründete, gemäßigtere, vorsichtiger und langfristiger Politik. Besonders wichtig ist dabei die seit langem von der Sowjet-Führung gewünschte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas, die offensichtlich dazu dient, den Status quo in Europa zu legitimieren und damit den dominierenden sowjetischen Einfluß, vor allem auf Osteuropa, offiziell zu bestätigen. Eine solche Konferenz sollte nach sowjetischem Wunsch ein ständiges Gremium für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einsetzen, das laufend neue Konferenzen der gleichen Art einberufen soll. Dabei ist es offensichtlich das langfristige Ziel der Sowjet-Führung, auf diesem Weg Schritt für Schritt dem westeuropäischen Integrationskonzept ein neues, gesamteuropäisches Konzept entgegenzusetzen und damit zu versuchen, die westeuropäische politische Integration zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen.

Es sind also nüchterne, realistische Gründe, die die Sowjet-Führung bewogen haben, gegenüber dem Westen eine maßvollere Politik einzuschlagen: die Zementierung einer lang-

fristigen wissenschaftlich-technologischen und ökonomischen Kooperation mit den wichtigsten Industriemächten, die Verhinderung eines politischen Zweifrontenkampfes und die allmähliche, vorsichtige, Schritt für Schritt zu erfolgende Verstärkung des sowjetischen politischen Einflusses in Europa.

Der Umfang der bereits abgeschlossenen Verträge (und vor allem auch die Dauer ihrer Gültigkeit) sowie das entscheidende Interesse der Sowjetunion, ihre wirtschaftlichen Probleme durch eine solche Zusammenarbeit zu lösen, deuten darauf hin, daß es sich hier um eine langfristige außenpolitische Zielsetzung handelt. So begrüßenswert dieser Wandel der sowjetischen Außenpolitik und die damit gewonnene Möglichkeit einer Ost-West-Entspannung ist, so bedauerlich erscheint es, daß das *Verhältnis der Sowjetunion zu den osteuropäischen Ländern* davon bisher nicht berührt worden ist. Die gemäßigtere sowjetische Politik gegenüber dem Westen ist mit dem Bestreben gekoppelt, die eigene Vorherrschaft über die osteuropäischen Länder zu festigen und auszubauen. Der sowjetische Druck auf diese Länder hat sich in den letzten Jahren nicht verringert, sondern eher verstärkt.

Eine zunehmende Kooperation mit der Sowjetunion auf Kosten der eigenständigen Interessen der osteuropäischen Länder und Völker würde, vor allem langfristig gesehen, kaum einer Ost-West-Entspannung dienlich sein. Bei aller Anerkennung der entscheidenden Rolle der Sowjetunion sollten daher die eigenständigen Interessen der osteuropäischen Länder und Völker als wesentlicher und notwendiger Bestandteil einer echten Ost-West-Entspannung beachtet und berücksichtigt werden.

Das Tauziehen in der Sowjetführung

Die sowjetische Politik der siebziger Jahre zeichnet sich somit durch den Versuch der Führung aus, eine *harte, autoritäre Innenpolitik mit einer flexibleren, gemäßigteren Politik gegenüber dem Westen* nach außen zu verbinden. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß es um die Generallinie ein hartes „Tauziehen“ zwischen den verschiedensten Gruppierungen in den führenden Apparaten gegeben hat und der gegenwärtige Kurs somit einen Kompromiß verschiedener Kräfte darstellt.

Das erste Messen der Kräfte (bereits während der Chruschtschow-Periode, aber vor allem in den ersten Monaten nach seinem Sturz) ent-

zündete sich besonders an der innenpolitischen Frage, ob und inwieweit das überlebte, von Stalin übernommene bürokratisch-diktatorisch-terroristische System abgewandelt, liberalisiert und den neuen Bedingungen der entstehenden modernen sowjetischen Industriegesellschaft angepaßt werden sollte. Die dringende Notwendigkeit weitreichender Reformen wurde dabei nicht nur von maßgebenden Kreisen der sowjetischen Intelligenz, sondern auch von Flügeln innerhalb des Parteiapparates selbst erkannt. Aber diese Kräfte blieben in der Minderheit. Die Furcht, Reformen, einmal in Gang gekommen, nicht mehr unter Kontrolle halten zu können und damit

eigene Machtinteressen gefährdet zu sehen, erwies sich als stärker als die rationalen Erkenntnisse. Das Resultat war die Rückgängigmachung der Entstalinisierungs-Reformen, der härtere innenpolitische und kulturpolitische Kurs, die militär-patriotische Kampagne, der zunehmende russische Nationalismus, die Abkehr von der Entstalinisierung auch in der Ideologie und vor allem die Wiederaufwertung Stalins. Diese Entwicklung machte deutlich, daß nicht mehr Reformen im Vordergrund stehen, sondern Disziplin, Ordnung, Autorität und Macht, wobei die Anknüpfung an die Stalin-Tradition als ideologische Legitimation dient.

Diese politische Entwicklung war aber — und dies ist seit 1969 wohl das entscheidende Problem der sowjetischen Führung — nicht imstande, die ökonomischen Probleme des Landes zu lösen. Da in der Sowjetunion Wirtschaftsfragen untrennbar mit entscheidenden und langfristigen politisch-ideologischen Zielsetzungen verknüpft sind, schlug dies ganz besonders ins Gewicht.

Das ökonomische Einholen und Überholen der USA — erstmals 1928 von Stalin verkündet und seitdem die entscheidende Grundlösung des Regimes — rückte in immer weitere Ferne und mußte als Zielsetzung zurückgezogen werden.

Die Gefahr, daß die Sowjetunion in der wissenschaftlich-technischen Revolution zurückbleibt, war dabei gekoppelt mit der Furcht, daß der immer noch erschreckende Mangel an Konsumgütern zu ernster Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen könnte.

Die naheliegenden Schlußfolgerungen, durch eine weitreichende Wirtschaftsreform und eine grundsätzliche Modernisierung des völlig überlebten bürokratisch-zentralistischen Wirtschaftssystems neue Wege zu beschreiten und neue ökonomische Perspektiven zu eröffnen, wurden von der Sowjet-Führung (zumindest von der Mehrheit der Führung) offensichtlich unter dem Eindruck des „Prager Frühlings“ aus politischen Gründen abgelehnt. So blieb dann nur die „Öffnung nach dem Westen“ — die Politik einer Mäßigung gegenüber den Westmächten und einer weitreichenden wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Kooperation.

Damit hat die Sowjet-Führung sicher völlig bewußt die Politik einer *außenpolitischen Entspannung* eingeleitet, um einer *innerpolitischen Liberalisierung* auszuweichen. Diese Entscheidung, offensichtlich im Frühjahr 1969 konzipiert und seit dieser Zeit zunächst vorsichtig, aber dann immer deutlicher, klarer

und konzentrierter vollzogen, ist sicher den maßgebenden Führern des Politbüros nicht leicht gefallen. Auch hier gab es, nach einer Vielzahl von indirekten Zeichen zu urteilen, längere Auseinandersetzungen und ein „Tauziehen“ zwischen verschiedenen Richtungen.

Das eigentümliche Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1969, das sich mit den schwierigen Wirtschaftsproblemen befaßte und auf dem Breschnjew das Hauptreferat hielt (das nicht veröffentlicht wurde), sowie die anschließende Verschiebung des 24. Parteitages, der eigentlich laut Statut im März 1970 stattfinden sollte und dann aber erst im März 1971 einberufen wurde, waren dafür nur einige Zeichen unter vielen. Hinzu kam, daß neostalinistische Kreise im Herbst 1970 gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag auftraten und Anfang 1971 einige sowjetische Diplomaten und Journalisten im Ausland sogar Interviews mit kritischen Bemerkungen über den deutsch-sowjetischen Vertrag gaben, die bald darauf in Moskau offiziell als nicht autorisiert zurückgewiesen wurden. Man wird mit Sicherheit annehmen müssen, daß umgekehrt in manchen Kreisen des Staats- und Parteiapparates die Wendung in der Außenpolitik mit der Hoffnung auf eine Liberalisierung in der sowjetischen Innenpolitik verbunden wurde.

Beide Tendenzen aber waren vom Standpunkt der Führung aus gleichermaßen gefährlich und nicht tragbar. Auf dem — um ein Jahr verschobenen — 24. Parteikongreß Ende März 1971 verkündete Breschnjew nun die entscheidende Generallinie: Sein „Friedensprogramm“ und die gemäßigte außenpolitische Zielsetzung wurde mit der Forderung nach einem scharfen Kampf gegen alle Reform-Gruppierungen der Sowjetunion verbunden, und dabei nicht nur der ideologische Kampf, sondern sogar der ideologische Krieg gegen Andersdenkende verkündet. „Wir leben unter den Bedingungen eines nicht nachlassenden ideologischen Krieges“, erklärte der sowjetische Parteiführer wörtlich, und daher sei es die Pflicht, „ideologischen Ausfällen eine rechtzeitige, entschlossene und wirksame Abfuhr zu erteilen“.

Damit war der verschärfte ideologische und politische Kampf im Innern und die Entspannungspolitik nach außen als Generallinie der Partei proklamiert und beschlossen. Noch aber gab es zwischen 1971 und 1973 manche Probleme zu lösen und Widerstände zu überwinden. Noch nie zuvor in der sowjetischen Geschichte seit 1918 hatte sich das Zentralkomitee so viel mit außenpolitischen Fragen be-

faßt. Statt zu den sonst üblichen innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen trat das Zentralkomitee im November 1971 und im Mai 1972 zusammen, um ausschließlich die Außenpolitik zu beraten.

Im Anschluß an die Tagung des Zentralkomitees im Mai 1972 — am Vorabend des Besuchs Präsident Nixons — wurde das Politbüro-Mitglied Schelestj seines Postens als ukrainischer Parteiführer enthoben und Woronow, der im Staatsdienst tätig ist, degradiert; beide blieben jedoch zunächst noch Mitglieder des Politbüros — eine höchst ungewöhnliche Situation, die auf ungelöste Fragen und Meinungsverschiedenheiten hinwies.

Ende April 1973 trat schließlich das Zentralkomitee noch einmal zu einer außenpolitischen Tagung zusammen — unmittelbar vor der Reise Breshnjews in die Bundesrepublik Deutschland und in die USA. Nun erst wurden Schelestj und Woronow „in den Ruhestand versetzt“. Obwohl beide Degradierungen mit der Außenpolitik verbunden waren — Schelestj war als Verfechter eines harten Kurses bekannt —, dürften bei diesem Führungswechsel auch andere Aspekte eine Rolle gespielt haben. Die Absetzung Woronows hing mit Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik zusammen, und Schelestj soll Gruppierungen in der Ukraine unterstützt haben, die, nach Moskauer Sprachregelung, als „nationalistisch“ gelten. Offensichtlich hatte Schelestj versucht, den ukrainischen Einfluß gegen die Russifizierungspolitik Moskaus stärker zur Geltung zu bringen. An die Stelle von Schelestj und Woronow traten drei neue Mitglieder in das Politbüro ein: *Marschall Gretschnko*, seit April 1967 Verteidigungsminister und damit der führende Repräsentant der Armeekreise, *Juri Andropow*, der Chef des Staatssicherheitsdienstes, der früher viele Jahre in der Parteiführung für die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern verantwortlich war und sich dabei dafür eingesetzt hatte, die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa zu festigen und auszubauen, und schließlich der langjährige Außenminister *Andrej Gromyko*.

Auf dieser Tagung des Zentralkomitees im April 1973 wurde deutlicher als je zuvor die neue außenpolitische Linie einer „Öffnung nach dem Westen“ verkündet. Breshnjew wurde dabei persönlich gewürdigt und erhielt nunmehr „grünes Licht“ für seine Verhandlungen mit Bonn und Washington. Zwar bedeutet das April-Plenum eine beträchtliche

Unterstützung für Breshnjews Außenpolitik, aber er mußte dafür einen Preis zahlen: die Aufnahme des Staatssicherheitschefs und des Verteidigungsministers in das Politbüro. Die Armee und der Staatssicherheitsdienst hatten nun ein Vetorecht in allem, was ihrer Auffassung nach „zu weit gehen“ könnte — besonders bei vorgesehenen Maßnahmen, die von ihrem Standpunkt aus die Einheitlichkeit des Blocks, die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR und die absolute Kontrolle über die innere Entwicklung gefährden könnten.

Die Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über Ausmaß und Grenzen der neuen sowjetischen Außenpolitik setzen sich sogar nach dem Besuch Breshnjews in der Bundesrepublik Deutschland und den USA fort. Die Einheit der sowjetischen Hierarchie war und ist nicht so monolithisch, wie häufig angenommen wird. Versteckte Hinweise in jüngsten sowjetischen Veröffentlichungen deuten drauf hin, daß neostalinistische Befürworter eines härteren Kurses die Auffassung vertreten, die Sowjetunion habe bisher erfolgreich ihre Industrialisierung ohne Hilfe westlicher Kapitalisten vollzogen; einige scheinen sogar eine Verbesserung der Beziehungen zu China der gegenwärtigen „Öffnung nach dem Westen“ vorzuziehen. Andere zweifeln, ob die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen wirklich so schnell Früchte zeigen werde, wie manche sowjetische Führer, vor allem Breshnjew selbst, offensichtlich hoffen. Eine plötzliche drastische Veränderung in den internationalen Beziehungen — etwa eine (unwahrscheinliche) rasche Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen oder ein entscheidender Rückschlag in der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Westen — würde sehr wahrscheinlich die Gegner der jetzigen Außenpolitik stärken, was sich bald auf die offizielle sowjetische Stellung gegenüber dem Westen auswirken würde.

Andererseits aber existieren in der Sowjethierarchie, vor allem in staatlichen und wirtschaftlichen Behörden, auch gemäßigte Gruppierungen, die die gegenwärtige „Öffnung nach dem Westen“ mit bestimmten, wenn auch begrenzten Reformen im Inneren der UdSSR ergänzt sehen wollen — im Sinne einer größeren Autonomie und Initiative, weniger Detail-Kontrollen von oben, einer größeren Effektivität und einer pragmatischen Betrachtungsweise. Hier wie dort hat die Breshnjew-Führung offensichtlich mit Neostalinen auf der einen und gemäßigten Kräften auf der anderen Seite zu rechnen.

Entspannungsbereitschaft und innere Kontrolle

Es gibt jedoch nichts, was die gegenwärtige Sowjet-Führung mehr fürchtet als eine offene Auseinandersetzung unterschiedlicher Tendenzen und Gruppierungen, d. h. eine Entwicklung, die zu einem politischen Pluralismus in der Sowjetunion führen könnte. Dies ist auch der entscheidende Grund für die Sowjetführung, ihre *gemäßigte Außenpolitik mit einer harten Innenpolitik* zu koppeln. Gewiß wurde es einigen tausend Sowjetbürgern, meist jüdischer Abstammung, gestattet, die Sowjetunion zu verlassen. Aber dies war eine einmalige Konzession, zu der sich die Sowjetführung durch den starken Druck von außen genötigt sah. Selbst in diesem Fall ist es übrigens noch keineswegs sicher, ob, nachdem die sowjetische Führung ihre gewünschten außenpolitischen Ziele erreicht hat, diese Konzession in Kraft bleibt oder aber das Regime zu einer kompromißlosen Haltung zurückkehren wird.

Für alle übrigen Sowjetbürger — sowohl Russen wie auch Angehörige der nichtrussischen Nationalitäten, vor allem progressive Intellektuelle — hat sich die Unterdrückung in den letzten Jahren, also in der Periode der außenpolitischen Entspannung, nicht verringert, sondern im Gegenteil beträchtlich verschärft. Führende Repräsentanten der innersowjetischen Opposition sprachen bereits 1970/71 die Befürchtung aus, daß, so bald die außenpolitischen Verträge abgeschlossen seien, die sowjetische Führung zu einem Großangriff gegen die demokratische Bewegung, wie sich die innersowjetische Opposition selbst bezeichnet, ausholen wird. Diese Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Zur gleichen Zeit, da die Sowjetführer freundliche Erklärungen gegenüber den Westmächten abgeben und weitreichende Verträge abschließen, finden in der Sowjetunion Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und politische Prozesse statt, selbst gegenüber jenen, die keineswegs sowjetfeindlich sind, sondern lediglich kritische Gedanken oder Reformvorschläge zum Ausdruck bringen.

Das Ziel der Sowjetführung besteht offensichtlich darin, alle möglichen Vorteile aus den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen und der technologischen Kooperation zu erzielen, zur gleichen Zeit aber die Unterdrück-

kung des eigenen Volkes zu verschärfen, um dadurch alle Hoffnungen auf eine freiere Entwicklung im Keim zu ersticken.

Die häufig diskutierte Frage, ob der Westen unter diesen Umständen Handel und Technologie als Verhandlungshebel benutzen kann oder soll, um die Situation in der Sowjetunion und Osteuropa zu beeinflussen, läßt sich schwer generell beantworten; dies hängt offensichtlich von der jeweiligen internationalen Situation und den Möglichkeiten des betreffenden Landes in der betreffenden Zeit ab. Das sowjetische Entgegenkommen bei der Ausreise der Juden war sicher ein Sonderfall, der jedoch ähnliche Vorgänge in anderen Bereichen nicht ausschließt.

Unzweifelhaft aber kann sich die öffentliche Meinung der Welt gegenüber dem Schicksal der sowjetischen Bevölkerung, besonders der liberalen Intellektuellen, nicht gleichgültig verhalten. Den Menschen in der Sowjetunion in ihren Leiden und Schwierigkeiten zu helfen, ihnen die Information zu vermitteln, die sie suchen, darunter durch die russisch-sprachigen Sendungen westlicher Rundfunkstationen, bedeutet nicht, die Entspannung zwischen Ost und West zu gefährden, sondern vielmehr die Grundlage zu schaffen, für jenen freien Austausch von Ideen und Kulturgütern, die der Entspannung erst ihren wirklichen Inhalt und ihre Bedeutung gibt.

So notwendig es ist, die Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik zu erkennen und zu nutzen und neue Wege in der Ost-West-Entspannung zu beschreiten, so wichtig erscheint es auch, die innere Situation in der UdSSR dabei nicht zu vergessen. Die Normalisierung der Ost-West-Beziehungen kann sich nicht auf Verträge zwischen Regierungen beschränken; um zu einer echten und dauerhaften Entspannung zu gelangen, müssen die Beziehungen zwischen den Völkern enger werden. Gerade darin liegt der eigentliche Prüfstein, denn eine Ost-West-Entspannung sollte nicht nur nach der Zahl der Gipfeltreffen und dem Umfang von Wirtschaftsabkommen gemessen werden, sondern in erster Linie danach, ob und inwieweit sie den Weg ebnet für einen freien Verkehr zwischen Menschen, Ideen und Kulturgütern von Ost und West.

Dieter Nohlen: Warum scheiterte Salvador Allende?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/73, S. 3—21

Auf den Sturz der demokratisch gewählten Regierung des Marxisten *Salvador Allende* durch den Putsch der chilenischen Streitkräfte hat die Weltöffentlichkeit recht unterschiedlich reagiert. Erst das brutale Vorgehen der Militärs (Verfolgung von Mitarbeitern und Anhängern *Allendes*, Aussetzung von Kopfgeld, standrechtliche Erschießungen) hat einen einhelligen, weltweiten Protest hervorgerufen. Diese Tatsache erschwert indes ein zutreffendes Bild von der Entwicklung Chiles unter der Allende-Regierung und den Ursachen ihres Scheiterns.

Um diese Frage zu beantworten, zeigt der Autor zunächst den Zusammenhang der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chiles seit Mitte des vorigen Jahrhunderts auf. Sodann charakterisiert er das Modell eines demokratischen Sozialismus und einer nicht-kapitalistischen wirtschaftlichen Entwicklung, wie es *Allende* vorschwebte. Es werden die externen wie internen Bedingungen genannt, die *Allendes* Handlungsspielraum einengten, und die Voraussetzungen beschrieben, die das Experiment insgesamt als gangbar erscheinen ließen. Im Hauptkapitel werden die entscheidenden Gründe für das Scheitern *Allendes* herausgearbeitet: die ideologischen und politisch-strategischen Differenzen in der Volkseinheit, die Alternativstrategie der extremen Linken und die vor allem auf sie zurückgehenden Rechtsbrüche, die auf kurzfristigen Erfolg angelegte Wirtschaftspolitik, die zudem Strukturreform und Wirtschaftsentwicklung (Wachstum) nicht aufeinander abstimme, die Kapitalblockade der USA und die mangelnde Solidarität des sozialistischen Lagers, der politische Niedergang der Volkseinheit bei Wahlen und schließlich die politische Inpflichtnahme der Streitkräfte, nachdem die Möglichkeiten eines Kompromisses zwischen Regierung und Teilen der Opposition erschöpft waren. Wesentlicher Maßstab der Beurteilung sind die dem „chilenischen Weg zum Sozialismus“ zugrunde liegenden Prämissen. Abschließend versucht der Beitrag, einige Perspektiven der weiteren Entwicklung Chiles aufzuzeigen.

Wolfgang Leonhard: Der innenpolitische Hintergrund für die neue Außenpolitik der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/73, S. 22—30

Die gegenwärtige sowjetische Politik zeichnet sich durch das Bestreben aus, eine harte autoritäre Innenpolitik mit einer flexibleren und gemäßigteren Politik gegenüber dem Westen zu verbinden.

Die als „Transformation von oben“ konzipierte Entstalinisierung Chruschtschows (1953—1964) endete mit einem Fehlschlag. Nach einem „Tauziehen“ wurden seit Frühjahr 1965 Schritt um Schritt die Entstalinisierungs-Reformen rückgängig gemacht und ein härterer innenpolitischer Kurs eingeleitet (Erweiterung der Macht des Staatssicherheitsdienstes, Verhaftungen und Schauprozesse; Verschärfung in der Kulturpolitik; Verwässerung der Wirtschaftsreform; stärkerer Einfluß der Armee und des Offizierskorps auf das öffentliche Leben; Abkehr von den Entstalinisierungs-Doktrinen und teilweise Wiederaufwertung Stalins).

Auf dem Boden dieser innenpolitischen Verhärtung vollzog sich seit Frühjahr 1969 der Übergang zu einer flexibleren und gemäßigteren Haltung gegenüber den westlichen Industriemächten. Dies ist bedingt a) durch die von Moskau erkannte Notwendigkeit einer langfristigen wissenschaftlich-technologischen und wirtschaftlichen Kooperation mit den westlichen Industrieländern und b) durch die Fortsetzung des Moskau-Peking-Konflikts, wobei die Sowjetführung bestrebt ist, durch eine maßvollere Politik gegenüber dem Westen die Gefahr eines politischen Zweifrontenkampfes zu verhindern. Gleichzeitig sieht die Sowjetführung durch die gemäßigtere Außenpolitik eine Chance, ihren Einfluß in Europa schrittweise und allmählich zu verstärken.

Die Verbindung der gemäßigteren Politik gegenüber dem Westen mit dem harten innenpolitischen Kurs stellt ein Kompromiß verschiedener Kräfte der Sowjet-Hierarchie dar. Die Auseinandersetzung um Chancen und Risiken der sowjetischen Westpolitik dauern auch heute noch an.

Das Ziel der sowjetischen Politik besteht offensichtlich darin, die maximal möglichen Vorteile aus den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen zu erzielen, gleichzeitig aber die Unterdrückung im eigenen Lande zu verstärken, um damit alle Hoffnungen der Bevölkerung auf eine freiere Entwicklung im Keim zu ersticken.

So notwendig es ist, die Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik im Sinne einer Ost-West-Entspannung zu nutzen, so wichtig erscheint es auch, die innere Situation in der UdSSR nicht außer acht zu lassen. Die Ost-West-Entspannung sollte nicht nur nach der Zahl der Gipfeltreffen und dem Umfang von Wirtschaftsabkommen gemessen werden, sondern vor allem auch danach, ob und inwieweit sie den Weg ebnet für einen freien Verkehr zwischen Menschen, Ideen und Kulturgütern von Ost und West.